

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Abgeordneten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Annahme.



AMZ-  
664

D



# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 36, Schlesiſche Straße 42. 3 3 Redakteur: Emil Dittmer  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 119 44. 3 3 3 3 Die „Gewerkschaft“ erscheint wöchentlich am Freitag

Paul Seppich.

## XXXI. Jahrgang

Januar bis Dezember 1927

Mit Sachregister als Inhaltsverzeichnis  
(alphabetisch geordnet)



*Seppich*

— Berlin 1927 —

**Bemerkungen:** Die Zahlen zeigen die betreffende Spalte an. — Landes-, Provinz-, Wirtschaftsbezirks-, Gau-, Kreis- und lokale Angelegenheiten sind nach Ländern, Provinzen, Wirtschaftsbezirken usw. eingereiht. — Die mit † gedruckten Titel zeigen größere Artikel, Abhandlungen usw. an

**Allgemeines.**

†Achtstundentages. Die Aufhebung des — 6.  
 †Achtstundentag verhindert werden soll? Wie der — 43. 91.  
 †Achtstundentag, Wochenende und Fünfstage-woche. 206.  
 †Achtstundentag und um höhere Löhne. Gewerkschaftlicher Kampf um den — 249.  
 †Achtstundentag. Der Kampf um den — 291.  
 †Achtstundentag ist rentabler als längere Arbeitszeit. Der — 379.  
 †Achtstundentag ist eine Wohlthat für die Arbeiter. Der — 779.  
 †Agitations- und Ausdehnungsmöglichkeiten. Unsere — 369.  
 †Alkoholkapital und Gewerkschaften. 920.  
 Arbeit und Sport. 239.  
 †Arbeiterbewegung und Maschine. 541.  
 †Arbeiterschutz-, Lohn- und Mietfragen. Stellungnahme des Bundesausschusses des ADGB zu — 158.  
 †Arbeitgebereinstellung zur gegenwärtigen Teuerung. 1050.  
 †Arbeitgeberverbände und des Bürgerblocks. Die Taktik der — 439.  
 †Arbeitnehmerschaft und Wochenendferien. 451.  
 †Arbeitsgerichte für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Bedeutung der — 105.  
 †Arbeitslosenversicherung. Aus der Praxis der — 1124.  
 †Arbeitslosenversicherung. Das Gesetz über — 625.  
 †Arbeitslosenversicherung. Kritisches zur — 129. 161.  
 †Arbeitsmarktes möglich? Ist eine Stabilisierung des — 753.  
 †Arbeitsrechts. Die Entwicklung des — 382.  
 †Arbeitsrecht. Der Kampf um das — 1127.  
 †Arbeiterschutz und Arbeitsvertrag. 393.  
 †Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsgerichte und Berufsausbildungsgesetz. 805.  
 †Arbeitszeit in Gaswerken. Die Verordnung vom 9. Februar 1927 über die — 341.  
 †Arbeitszeit und den Lohnausgleich im Wirtschaftsbezirk Westfalen. Der Kampf um die — 873.  
 †Arbeitszeitnotgesetz des Bürgerblocks vom Reichstage verabschiedet. Das — 317.  
 †Arbeitszeitverordnung in neuer Fassung. Die — 345.  
 †Ausbeutung der Konsumenten durch die Monopole. Fort mit der — 155.  
 †Bant der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Drei Jahre — 567.  
 †Bayerischen Landtag. Der Streit um die Sonderzulage im — 99.  
 †Bayern. Eine staatliche Aktiengesellschaft in — 459.  
 †Beethovens 100. Todestag. Zu — 253.  
 †Berliner Städtischen Werke. Glänzende Betriebsergebnisse der — 548.  
 †Berliner städtischen Gas- und Wasserwerksarbeiter. Der Streit um den Manteltarif der — 350.  
 †Betriebe. Wieder ein Vorstoß gegen die öffentlichen — 322.  
 †Betriebsräte und Gewerkschaften. 1019.  
 †Betriebsräte. Soziale Gesetzgebung und — 400.  
 †Betriebsräte. Zur Psychologie der — 1021.  
 †Betriebsräte im BRG. Gewerkschaften und — 1025.  
 †Betriebsrätekonferenz für Bayern. 876.  
 †Betriebsrätekonferenz des Wirtschaftsbezirks Westfalen. 185.  
 †Betriebsvertretung und Unorganisierte. 1103.  
 †Betriebsvertretung und Arbeitnehmerschaft. 1023.

†Braunschweigischen Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband. Der Kampf der — 633.  
 †Bürgerblockregierung und Gewerkschaften. 89.  
 †Christen los? Manu, was ist denn mit den — 649.  
 Dawesvertrag und Einheitsstaat. 971.  
 †Deutschland und der Achtstundentag. 229.  
 †Deutschland. Die industrielle Entwicklung in — 275.  
 †Deutschlands Entwicklung zum Industrievolk. 539.  
 †Düsseldorf. Ein böses Spiel mit der städtischen Straßenreinigung in — 611.  
 †Einheitsfront von Stadt und Land. Wirtschaftliche — 304.  
 †Einheitsstaat. Der Kampf um den deutschen — 907.  
 †Fahr- und Reinigungsamt Mainz. Entwicklung des städtischen — 985.  
 †Familienhilfe. Der Anspruch auf — 326.  
 †Ferngasproblem. Zum — 95.  
 †Ferngasversorgung durch die Energie-A.-G. Schlechte Erfahrungen mit der — 181.  
 †Ferngasversorgung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft? Liegt — 21.  
 †Feuerherd und Hugenberg für Zerschlagung der staatlichen Sozialversicherung. 65.  
 †Finanzausgleich. Der — 889. 911.  
 †Forderungen muß die Arbeiterschaft an das Jahr 1927 stellen? Welche — 77.  
 †Frankfurt a. M. Technische Entwicklung und soziale Verhältnisse bei der Straßenreinigung in — 450.  
 †Frauen im Verband. Unsere — 373.  
 †Führer. Betriebs eigene oder betriebsfremde — 135.  
 †Gartenstadt. Der Weg zur — 801.  
 †Gasfachmänner gegen Zechenfern gas. 565.  
 †Gehaltserhöhung? Warum fordern die Beamten —? 643.  
 †Gemeinden. Die wirtschaftliche Betätigung der — 729.  
 †Gemeindegewirtschaft. Neue Angriffe auf die — 769.  
 †Gewerbehygiene und Volksgeundheit. 955. 973.  
 Gewerbehygienischer Vortragskursus im Stuttgart. 507. 523. 555.  
 †Gewerkschaften. Der Ursprung der — 1033.  
 †Gewerkschaften und Verfassungsfeier. 705.  
 †Gewerkschaften. Der Kampf der — 568.  
 †Gewerkschaftliche Berufs- und Klassenpolitik. 681.  
 †Halle in den letzten 20 Jahren. Die städtische Straßenreinigung der Stadt — 526.  
 †Hamburg. Betriebskrankenkasse für staatliche Angestellte in — 592.  
 †Herbst- und Winterarbeit. Unsere — 969.  
 †Hieb. Die beste Parade ist der — (Nachwort zum Magdeburger Städtetag.) 909.  
 †Hauptkasse vom 3. Quartal 1926. Abschluß und Abrechnung der — 25.  
 †Hauptkasse vom 4. Quartal 1926. Abrechnung der — 297.  
 †Hauptkasse vom 1. Quartal 1927. Abschluß der — 585.  
 †Hauptkasse vom 2. Quartal 1927. Abschluß der — 849.  
 †Haushaltungsgröße nach der reichsamtlichen Zählung vom Jahre 1925. 606.  
 †Idee und ihre Verwirklichung. Eine weltumspannende — 108.  
 †IGB. für den 1. Mai 1927. Aufruf des — 385.  
 †Imperialismus. Die Gefahr des — 782.  
 †Industrielle Konzentration im westlichen Deutschland. Die — 715. 737.  
 †Internationalisierung der Sozialpolitik. Die — 1091.  
 †Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten um eine menschenwürdige Existenz. 929.

†Kapital im Dienste der Verbraucher- und Gewerkschaftsorganisationen. Das — 449.  
 †Kapitalismus. Ein Rekordjahr des — 337.  
 †Kapitalismus. Entwicklung und Wesen des — 207.  
 Kapitalistische Unternehmung. Die — 328.  
 †Kassel bis Dortmund. Von — 402.  
 †Kassenabschluß 1926. Unser — 296.  
 †Kinderfreunde und Gewerkschaften. 213.  
 †Kleingärten nach der reichsamtlichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925.  
 †Kohlenzechen. Städtische — 319.  
 †Kohleverwertung. Sozialdemokratische Gemeindevetreter gegen die A.-G. für — 937.  
 †Körper und Arbeit. 420. 437. 461.  
 †Krankenkassen und ihrer Verbände. Organisation, Wesen und Bedeutung der staatlichen — 1045. 1077.  
 †Krankenkassen. Die Bedeutung der Organe der — 977.  
 †Krankenversicherung. 50 Jahre — 999.  
 †Lebenshaltungskosten. Der Mißbrauch der Indexziffer für — 515.  
 †Lebenshaltungskosten. Steigerung der — 229.  
 †Lernet, ihr seid gewarnt! 641.  
 †Lohn? Wann gibt es mehr —? 303.  
 †Löhne eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Hohe — 513.  
 †Löhne. Die Wirkung hoher — 1063.  
 †Lohnproblem und Arbeiterschaft. 755.  
 †Lohnsteuer. Rückerstattung der im Jahre 1926 zu viel bezahlten — 9.  
 †Lohnzuschlag für Mehrarbeit nach § 13 ArbZD. Anspruch auf — 563.  
 †Magdeburg. Konferenzen in — 631.  
 †Mai und Arbeiterbildung. 1. — 371.  
 Mai. Arbeiter, Angestellte, demonstriert am 1. — 387.  
 †Maifeier 1927. 363.  
 †Mainz. Unser erster Reichs-Betriebsräte-kongress in — 1057.  
 †Miete und Lohn. 289.  
 Mitgliederstand am 1. Januar 1927. Unser — 48.  
 Mitgliederstand am 1. Februar 1927. Unser — 167.  
 Mitgliederstand am 1. März 1927. Unser — 238.  
 Mitgliederstand am 1. April 1927. Unser — 340.  
 Mitgliederstand am 1. Mai 1927. Unser — 438.  
 Mitgliederstand am 1. Juni 1927. Unser — 530.  
 Mitgliederstand am 1. Juli 1927. Unser — 636.  
 Mitgliederstand am 1. August 1927. Unser — 720.  
 Mitgliederstand am 1. September 1927. Unser — 868.  
 Mitgliederstand am 1. Oktober 1927. Unser — 936.  
 Mitgliederstand am 1. November 1927. Unser — 1004.  
 Mitgliederstand am 1. Dezember 1927. Unser — 1122.  
 †Mitteldeutsche Arbeitgeberverband als „Hüter“ der Tarifgemeinschaft. Der — 26.  
 †Offenbach a. M. Die sozialistische Kulturwoche in — 883.  
 †Öffentlichen Werke. Ein Dolchstoß gegen die — 997.  
 †Organisation. Aufstieg und Weiterentwicklung unserer — 367.  
 †Organisationszugehörigkeit nach dem Stand vom 1. Januar 1927. 501.  
 †Organisationszugehörigkeit in den öffentlichen Betrieben Deutschlands. Die — 499.  
 †Ostergedanken. 315.

†**Partisanlagen und ihre Arbeitnehmer.** Die öffentlichen — 984.  
 †**Pestalozzi.** Heinrich — 133.  
 †**Pfingstgebanten** 1927. 483.  
 †**Pflichtarbeit** nun endlich abgebaut? Wird die —? 1001.  
 †**Nationalisierte Wirtschaft** = ein gigantisches Werk. 190.  
 †**Nationalisierung.** Betriebsvertretungen und — 854.  
 †**Nationalisierung der Gewerkschaften.** 797. 819. 843.  
 †**Nationalisierung und Arbeitnehmerschaft.** 324. 341. 505. 521. 563.  
 †**Reaktion.** Arbeit der — 735.  
 †**Realeinkommens.** Die Sicherung des — 235.  
 †**Regiearbeiten.** Kampf der Belegschaften der städtischen Gaswerke in Berlin um Aufrechterhaltung der — 113.  
 †**Regiebetriebe.** 517.  
 †**Regiebetriebe der Gemeinden.** Die — 953. 1027.  
 †**Regiebetriebe der Gemeinden.** Noch einmal die — 1093.  
 †**Regiebetriebe der Gemeinden im Urteil** führender Kommunalpolitiker und leitender Fachmänner. 409.  
 †**Reichs- und Staatsarbeiter.** Die neue Lohnregelung für die — 383.  
 †**Reichs-Betriebsrätekongreß** für öffentliche Betriebe. Bericht vom — 1070.  
 †**Reichsbankpräsident** gegen die deutschen Städte. Der deutsche — 1041.  
 †**Reichsbodenreformgesetz.** Das — 67.  
 †**Reichschulgesetzentwurf** und die Gewerkschaften. Der — 905.  
 †**Reichsverbandes der deutschen Industrie.** Kritisches zur Tagung des — 793.  
 †**Reichsverfassung.** Die Wirtschaft als Schrittmacher der — 665.  
 (Ein Appell zum 11. August.)  
 †**Reichswehrministerium.** Interessantes aus dem — 260.  
 †**Reichswirtschaftsrat.** Der — 49.  
 †**Reparations- und Transferproblem** des Dawes-Vertrages. Das — 1061.  
 †**Republik.** Im neunten Jahr der — 953.  
 †**Rheinland.** Betriebsrätekongress im — 166.  
 †**Rückblicke** auf das Jahr 1926. 1. 17. 41.  
 †**Ruhe Lohn- und Hinterbliebenenversorgung** in den Gemeindebetrieben. Aufhebung der — 177.  
 †**Ruhe Lohnempfänger der Stadt Berlin.** Neuregelung der Bezüge der — 51.  
 †**Ruhe Lohnempfänger.** Neuregelung der Bezüge der — der Stadt Berlin. 581.  
 †**Ruhe Lohnordnung?** Was fehlt der — 635.  
 †**Ruhe Lohnversorgung der sächsischen** Gemeindegewerkschaften. Zur — 741.  
 †**Sachsen.** Die Landeskonferenz für den Freistaat — 278.  
 †**Sächsischen Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Außerordentliche Landesversammlung der — 1005.  
 †**Schwerindustriellen** erhalten Zugeständnisse auf Kosten der Arbeiter. Die — 1119.  
 †**Schwerindustriellen.** Die Drohung der — 1089.  
 †**Schulpflicht.** Zur Frage der Verlängerung der — 236.  
 †**Soziale Fürsorgearbeit.** 497.  
 †**Soziale Gliederung der Erwerbstätigen** und der Gesamtbevölkerung. Die — 912.  
 †**Sozialpolitik.** Betrachtungen zur — 733.  
 †**Sozialpolitik.** Die Internationalisierung der — 1091.  
 †**Sozialversicherung.** Die Wahlen zur — 881.  
 †**Sozialversicherung?** Höhere Löhne statt — 757.  
 †**Staatsrechtes.** Die Grundzüge des deutschen — 503. 552. 609. 627. 671. 683.  
 †**Statistik und Agitation.** 377.  
 †**Steuerfreiheit der kommunalen Werte.** Die — 153.  
 †**Strafgesetzbuch** und die Kraftwerke. Das neue — 563.

†**„Tarifgemeinschaft“.** 293.  
 †**Tarifvertrag** in unserem Verband. Der — 375.  
 †**Tarifverträgen.** Grundrechte und Pflichten aus den — 545.  
 †**Tarifvertrages.** Grundgedanke, Geschichte und geltendes Recht des — 75. 109. 137. 169. 179.  
 †**Thüringer Gemeinden und Kreise.** Die Lohnpolitik des Tarifverbandes — 935.  
 †**Todesstrafe.** Die Irrwege der Justiz erfordern dringend die Aufhebung der — 762.  
 †**Umwälzungen.** Politische und wirtschaftliche — 45.  
 †**Unfallverhütung** in Theorie und Praxis. 605.  
 †**Unorganisierten.** Wirtschaftsjünden der — 1003.  
 †**Unternehmer.** Das Reich als — 774.  
 †**Unternehmer- und Arbeiterverbände.** 887.  
 †**Unternehmertum.** Das unbeherrschbare — 273.  
 †**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter** im Jahre 1926 geleistet hat. Was der — 629. 645. 669.  
 †**Verbandsbeiratskonferenz** in Dresden. Unsere — 203.  
 †**Verbandsbeiratsitzung** in Nordhausen. Unsere — 869.  
 †**Verbrechen und Gesellschaft.** 71.  
 †**Verteuerung der Lebensmittel** — Herabsetzung der Löhne. 601.  
 †**Verwaltungsproblem** im öffentlichen Haushalt. Das — 231.  
 †**Volkswirtschaft.** Die Organisation der — 739.  
 †**Weihnachtsgedanken** 1927. 1115.  
 †**Weltanschauung.** Gewerkschaften und — 1101.  
 †**Weltwirtschaftliche Verständigung.** 537.  
 †**Weltwirtschaftskonferenz.** Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Genossenschaften bei der — 80.  
 †**Weltwirtschaftskonferenz** und Gemeinwirtschaft. 841.  
 †**Wir** klagen an! 577.  
 †**Wirtschaft.** Zur Theorie der öffentlichen — 1117.  
 †**Wirtschaft.** Die Ueberwindung der kapitalistischen — 111. 140.  
 †**Wirtschaft** — Bürokratie — „Gewerkschaftsbürokratie“. 1127.  
 †**Wirtschaftsausschüssen.** Zur Bildung von — 183.  
 †**Wirtschaftserkenntnis.** Objektive — 457.  
 †**Wirtschaftsrechnungen.** Reichsamtliche Erhebung über — 228.  
 †**Wohnungsbau** und Lebenshaltung. 75.  
 †**Zechnstundentag.** Der Bürgerblock will den gesetzlichen — 201.  
 †**Zurechtweisung.** Eine notwendige — 865.  
 †**Zwangswirtschaft** der Arbeitskraft. 225.

**Aus Politik und Volkswirtschaft.**

a) Politisches.

†**Aufruf** des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zum 1. Mai 1927. 356.  
 †**Braun** und Hermann Molkenuhr. Adolf — 494.  
 †**Brot-, Kartoffel- und Zuckerzölle** im Reichstage. Der Kampf gegen die — 618.  
 †**Brotwucher** wird weiter gesteigert. Der — 1053.  
 †**Bürgerblock** erhält eine Gnadenfrist. Der — 1107.  
 †**Deutschnationale** Grundsatzlosigkeit. 476.  
 †**Parteitag** der deutschen Sozialdemokratie. Der Kieler — 485.  
 †**Parteitag** der SPD. Die Rede Hilferdings auf dem Kieler — 491.  
 †**Politisches.** 924.  
 †**Putsch-Landrat** bleibt Minister. Der — 143.  
 †**Regierungsbildung.** Die Gewerkschaften als „Helfer“ bei der — 56.  
 †**Rückschritt.** 15 Jahre — 331.  
 †**Schulgesetz** vor dem Reichstage. Das Reu-dellische — 941.

Sehet euch vor, vor den falschen Propheten; die in Schafsfleibern zu euch kommen; inwendig sind sie reißende Wölfe! 118.  
 †**Sozialdemokratie** fordert höhere Löhne für die Reichsarbeiter. Die — 1079.  
 †**Wirth** gegen Stegerwald. 357.  
 †**Wirtschaft.** Unsere — 1007.

b) Genossenschaftliches.

†**Genossenschaftliche** Brot- und Mehloerforderung. 212.  
 †**Genossenschaftliche** Gemeinwirtschaft. 945.  
 †**Genossenschaftlicher** Wirtschaftsführung. Die soziale Bedeutung — 959.  
 †**Handelsunternehmung.** Die größte deutsche — 573.  
 †**Kaufkraft.** Die Sicherung der — 897.  
 †**Konsumvereine.** Der 24. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher — 588.  
 †**Konsumvereine** verbilligen den Warenbezug. 252.  
 †**Konsumvereinen.** Wachsendes Wirtschaftsleben in den — 396.  
 †**Schlächtereibetriebe.** Die Bedeutung genossenschaftlicher — 425.  
 †**Skandinavisches** Genossenschaftswesen. 697.  
 †**Volkswirtschaft.** Die wachsende genossenschaftliche — 655.  
 †**Wirtschaftsform.** Die Aussichten der genossenschaftlichen — 469.

**Für die Frauen.**

†**Arbeitsdauer** der Frau. Die — 136.  
 †**Arbeiterfrau.** Die — 452.  
 †**Balabanoff.** Angelica — 510.  
 †**Befreiung** der Frau. 857. 921.  
 †**Betätigungsmöglichkeit** der Frau. Eine neue soziale — 1006.  
 †**Frau** und ihre unerreichbare Welt. Die — 241.  
 †**Frauenarbeit** in Deutschland. Die gewerbliche — 306.  
 †**Frauenarbeitsarbeit.** Die volkswirtschaftliche Bedeutung der — 813.  
 †**Internationale** Arbeiterinnenkonferenz in Paris. Die — 718.  
 †**Internationale** gewerkschaftliche Frauenkonferenz. Die zweite — 698.  
 †**Mode.** Dekonomischer Inhalt der — 82.  
 †**Mutterliches.** Gesetzliche Neuregelung des — 217.  
 †**Niederkunft.** Das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der — 660.  
 †**Paris.** Als Delegierte in — 746.  
 †**Sing.** Heimvolkshochschule — 938.  
 †**Wien** gewährt unentgeltliche Säuglingswäsche. 218.  
 †**Wiener** Arbeiterfrauen. Ein Besuch bei den — 961.

**Unsere Jugend.**

†**An** die Jugend. 474.  
 †**Aufstieg** der Begabten. Der — 1106.  
 †**Berufsausbildungsgesetz.** Das — 474.  
 †**Der** junge Chor. 426.  
 †**Deutschland,** eine Ausstellung der Deutschen Jugend. „Das junge — 673. 700. 787.  
 †**Feierstunden.** Proletarische — 764.  
 †**Freizeit.** Mehr — 858.  
 †**Gewerkschaften** und Berufsausbildung. 860.  
 †**Gewerkschaftliche** Jugendarbeit 1926. 194.  
 †**Gewerkschaftliche** Jugendarbeit. 615.  
 †**Gewerkschaftlichen** Jugendfragen. Zur — 720.  
 †**Gewerkschaftlicher** Jugendfragen. Besprechung — 265.  
 †**Hohnstein** (Sächs. Schweiz). Das Jugendtreffen der FDJ. von Berlin und Dresden, Ostern auf Burg — 404.  
 †**Jugendklub.** Mehr — 284.  
 †**Jugendtreffen** des 11. Bezirks des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Erstes gewerkschaftliches — 426.  
 †**Lehrlingsheim** in München. Das neue — 55.  
 †**Lustarbeitsgesetz.** Gegen das — 242.  
 †**Nationalisierung** und Lehrlingswesen. 218.  
 †**Schulpflicht** verlängert werden? Muß die — 102.

Seelenverfassung der Jugendlichen. Die — 117.  
Wiens. Das große Jugendhilfswert — 617.  
†Wohnungselend der Jugend. Das — 896.

**Bildungsarbeit.**

Arbeiterbildung. 216.  
Bayerische Eigenart. Die — 617.  
Beginn! Zu neuem — 764.  
Berliner Filiale Winter 1927/28. Die Bildungsarbeit unserer — 940.  
Bremen. 193.  
†Breslau. Bildungskurs in — 305.  
†Dreifigacker. Das Volkshochschulheim — 856.  
†Eisenach. Unser erster Verbandsangestelltenkursus in — 743.  
Emmershäuser Mühle. Eindrücke vom Bildungskursus auf der — 11.  
Erzgebirge. Im — 675.  
†Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin. Die staatliche — 963.  
Ferienreise 1927. 101.  
Fernunterricht. 115. 264.  
†Fremdwort. Das — 144.  
†Gleich hinter Berlin ... 674.  
Hohnstein. Bildungskurs in — vom 2. bis 15. Januar. 117.  
Hollsteinischen Schweiz im April 1927. Unsere letzten Winterturfe im Lannus und in der — 427.

Kursfähigkeit. Ein Jahr — 471.  
Kurssteilnehmers. Gedanken eines — 428.  
†Mitteldeutschland im Ferienheim „Eisenhammer“ Dübener Heide. Kursus des — 34.  
†München. Einzug der Arbeiterschaft in die Universität — 894.  
†Offenbach a. M. 571.  
†Ostpreußen-Danzig. Winterturfs für — 265.  
Schwaben. Eine Woche unter mehr als sieben mal sieben — 528.  
Sommerbildungsprogramm. Unser — 240.  
†Sommerkursus 1927. Unser erster — 557.  
Sozialismus. Die Kulturidee des — 283.  
†Sozialisten wallfahrten zu einem Muttergottesaltar! (Kurs Rothenburg). 637.  
†Einz. Tagung der Lehrer an Arbeiterbildungsanstalten vom 17. bis 19. Juni 1927 in — 594.  
†Einz. Tagung der Lehrer an Arbeiterbildungsanstalten in — 657.  
Unternehmertum und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Das — 923.  
†Verbandsferienreise: Dresden, Prag, Wien, Salzburg, München, Nürnberg. 785. 811. 829.  
Winterturfs im Devoheim Daber bei Wittstock an der Dosse. 192.

**Arbeiter- und Angestelltenversicherung.**

Angestelltenversicherungspflicht der Gelderheber der städtischen Betriebswerke in Breslau ist bejaht worden. 463.  
Angestelltenversicherungspflicht. Die Einkassierer des Gaswerks zu Hirschberg in Schlesien unterliegen der — 748.  
Arbeitslosenunterstützung? Wann erlischt der Anspruch auf Auszahlung der — 1082.  
†Invalidenversicherung. Erhöhung der Renten in der — 553.  
Invalidenversicherung. Neuordnung der — 412.  
†Invalidenversicherung und die soziale Lage der Arbeiterschaft. Die — 773.  
Krankentassen im Jahre 1926. Die — 1035.  
†Krankentassentag in Königsberg. Der 31. Deutsche — 722.  
Krankenunterstützung bei Rückfall. 57.  
Krankenversicherung. Die Entwicklung unserer — 243.  
Unheilige Kinder gelten als „Angehörige“ des Vaters. 477.  
Versicherte zur Zahlung der Pauscheträge verurteilt werden? Kann der — 477.  
Witwenrente in der Unfallversicherung. Erhöhte — 194.

**Lohn- und Gehaltsbewegungen, Tarifabschlüsse und Streiks.**

a) Gemeindefarbeiter.

1. In Reich, Ländern, Wirtschaftsbezirken.

Baden. Die Lohnabschlüsse für die Arbeiterschaft der Landeselektrizitätsversorgung A.-G., Karlsruhe, und für die Gas- und Elektrizitätsversorgung A.-G., Lörrach. 428.  
Bremen (Wirtschaftsbeihilfe als Lohnausgleich für die städtischen Arbeiter). 1110.  
Hamburg-Niederelbe-Lübeck. Wirtschaftsbezirk — 902.  
†Hannover. Die Lohnbewegung im Wirtschaftsbezirk — 490.  
Mitteldeutschland. Lohnbewegung der Gemeindefarbeiter in — 334.  
Nordwest. Wirtschaftsbezirk — (Bremen.) 879. 899.  
†Ostpreußen. Arbeitszeit- und Lohnregelung in — 917.  
Westfalen. Wirtschaftsbezirk — 37. 700.  
†Westfalen. Der Kampf um die Arbeitszeit und den Lohnausgleich im Wirtschaftsbezirk — 873.

2. In Gemeinden.

†Berlin. Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in — 255.  
Berlin. (Zum Lohnkampf in den Berliner Gemeindebetrieben.) 991.  
†Berlin. Der Abschluß der Lohnbewegungen der städtischen Arbeiter in — 353.  
†Berliner Gemeindebetrieben. Lohnbewegung der Arbeiter in den — 821. 891. 915. 948.  
†Berliner städtischen Gütern. Lohnbewegung auf den — 687.  
†Berliner Gasbetriebsgesellschaft und der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. Tarifabschluß bei der — 423.  
Bremen. 899.  
Burg bei Magdeburg. 287.  
München. 496.  
†Delgaswerk Pintsch. Streit im — 915.  
†Muhelohnempfänger der Stadt Berlin. Neuregelung der Bezüge der — 51.  
Würzburg. 512.

b) Reichs- und Staatsarbeiter.

Ausgleichsverhandlungen für die Reichsarbeiter. Abschluß der örtlichen — 454.  
†LWB. Wasserbaupersonal vom 25. Mai 1926. Ergänzungen zum — 97.  
LWB. fallenden Arbeiter. Lohnregelung für die unter den — 453.  
Nordwest — Bremen. Zur Lohnbewegung im Bezirk — 987.  
†Reichsarbeiter. Ergebnis der Lohnverhandlungen für die — 1117.  
†Reichsfinanzministerium. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen im — 355.  
†Reichsverkehrsministerium über die Auslegung des LWB. Vereinbarung mit dem — 1097.  
Reichswasserstraßenverwaltung. Arbeitszeitverlängerung bei der — 333.  
Reichswehrministeriums. Eine Verfügung des — 597.  
LWR. Verhandlungen über Anträge zum — 269.  
Wasserbauarbeiter. 597. 638. 676.  
Wilhelmshaven und des Marinearsenals in Kiel. Schiedspruch für die Arbeiter der Marinewerft — 333.  
Wilhelmshaven und des Marinearsenals in Kiel. Verhandlungen für die Arbeiter der Marinewerft — 287.

c. Theaterarbeiter.

München. 495.

**Arbeitsgerichte.**

Arbeitsgerichtsentscheidung. Eine bemerkenswerte — 1133.  
Entlassung. „Aufhebung“ ist kein Grund zur kündigunglosen — 1133.

Fristversummisse angesehen. Verspätete Begründung der Berufung nicht als — 1082.

**Aus der öffentlichen Wirtschaft.**

Berufskammern. Anhörungsrecht der — 1131.  
Einheitsstaat und Kommunen. 1131.  
Staatsvorbehalt bei Steinkohlen- und Erdölorkommen. 1131.  
Statistisches Reichsamt gegen öffentliche Betriebe. 1131.  
Straßenbahnbetriebe in kommunaler Hand. Drei Viertel der — 1131.  
Zeitschriftenchau. 1132.

**Aus den Gemeinden.**

Berliner Gemeindebetriebe leistungsfähig, konkurrenzfähig und kerngesund. Die — 702.  
Hamburg. Müllabfuhr in — 243.  
Wirtschaft und Gemeinde. 267.

**Aus den Stadtparlamenten.**

Dortmund. (Eine Reichsflaggenrede im Stadtparlament.) 195.  
Frankfurt a. D. (Eine Achtstundentag-Debatte.) 268.  
Landsberg a. d. W. 145.  
Magdeburg. 574.  
†Schacht in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Abrechnung mit Dr. — 1084.

**Betriebsräte.**

†Betriebsrätekonferenz für Bayern. 876.  
†Betriebsrätekonferenz im Rheinland. 166.  
†Betriebsrätekonferenz des Wirtschaftsbezirks Westfalen. 185.  
†Betriebsrats nach dem Betriebsrätegesetz. Die Stellung des — 262.  
Betriebsratswahlen zu beeinflussen und mißliebige Betriebsratsmitglieder zu beseitigen sucht. Wie man — 1036.  
Betriebsumstellung ist weder eine „Betriebsstillegung“ noch eine teilweise Stilllegung, auch wenn sie mit einer Betriebsbeschränkung verbunden ist. Eine — 294.  
Einspruchsklagen. Die Verletzung von Formvorschriften führt häufig zur Abweisung von — 58.  
Ersatzpolizei zugehörten, konnten auch ohne Zustimmung des Betriebsrats entlassen werden. Betriebsratsmitglieder, die der wieder aufgelöst — 964.  
Königsberg i. Pr. im Kampfe mit ihren Betriebsräten. Die Stadtverwaltung — 898.  
Landwirtschaftliche Hochschule fällt unter das BRG, und ist zur Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes die Zustimmung des Betriebsrats notwendig. Die — 494.  
†Mainz. Unser erster Reichsbetriebsrätekonferenz in — 1059.  
Maßregelung im Sinne des § 95 BRG, und ist daher rückgängig zu machen. Die Verlegung eines Betriebsratsmitgliedes von einer Abteilung zur anderen, weil er die Abstellung von Betriebsmängeln forderte, gilt als — 120.  
†Reichsbetriebsrätekonferenz für öffentliche Betriebe. Bericht vom — 1070.  
Stilllegung. Ernstliche — der Reparaturwerkstätte eines Pionierbataillons verneint und Einspruchsklagen gegen Kündigung als gerechtfertigt anerkannt. Rechtsgültigkeit der Betriebsratswahl auch beim Unterlassen einer Bekanntmachung des Wahlergebnisses durch Aushang. 84.  
Ungültigkeitserklärung einer Betriebsratswahl. 453.  
Weiterbeschäftigung nach einer ausgesprochenen fristlosen Entlassung sichert dem Arbeiter, der inzwischen Betriebsratsmitglied geworden, den Schutz des § 96 BRG. 596.  
Zustimmung der Betriebsvertretung. Eine Kündigung, die lediglich den Zweck verfolgt, eine Aenderung des bestehenden Arbeitsvertrages vorzunehmen und einen



neuen Arbeitsvertrag abzuschließen, bedarf bei Betriebsratsmitgliedern der — 1008.

### Aus der Spruchpraxis.

Anrechnung der Sonntage auf den Urlaub. — Begahlung der Vorarbeiterzulage an Sonntagen. 86.

Arbeitsgericht es ablehnt, im Urteil wegen grundsätzlicher Bedeutung Berufung zuzulassen, ist Beschwerde wegen dieser Ablehnung an das Landesarbeitsgericht unzulässig. Wenn das — 1037.

Kreuznach. Urteil des Prozesses unseres Verbandes vor dem Arbeitsgericht in Bad — 860.

Mehrarbeit mit einem Zuschlag von 25 Prozent vergütet wird. Die dem RM.L.-Str. unterliegenden Personen haben auf Grund des § 6c der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 Anspruch darauf, daß ihnen bisher nicht bezahlte — 832.

Schwerbeschädigtengesetz fallen auch diejenigen Schwerbeschädigten, die bereits vor dem Erlaß des Gesetzes von einer Gemeinde eingestellt worden sind. — Bei der Feststellung über die Zahl der bei einer Gemeinde Beschäftigten sind auch der Bürgermeister, Stadttierarzt und Nachtwächter mitzuzählen. Unter das — 168.

Verbandszeitschriften in den städtischen Betrieben darf ohne Zustimmung des Betriebsrats nicht verboten werden. Das Verteilen von — 195.

Zuschlag für Wochenfeiertage aus § 13 RM.L.-G. weiter zahlen. Wenn eine Gemeinde aus dem Bezirksarbeitgeberverband austritt, muß sie nach dem Austritt und nach Ablauf des RM.L.-G. den — 1108.

### Artikel und Notizen.

#### a) Reichs- und Staatsarbeiter.

Nachen. 946.

Arbeiter können warten. Die — 308.

Bacharach a. Rh. 1009.

Betriebsstranzenkasse der bayerischen inneren Staatsbauverwaltung. Wahlergebnis der — 1110.

Betriebsräte bei Bemessung der Höhe der Unterstufungen vom Reichswehrministerium abgelehnt. Mitwirkung der — 725.

Betriebsrätewahlen im Bereiche des preussischen Finanzministeriums und des Ministeriums des Innern. 244.

Betriebsrätewahlen in den Reichs- und Staatsbetrieben. 170.

Betriebsvertretungen bei den dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe unterstellten Behörden, Schulen und Anstalten. Bildung gemeinsamer örtlicher — 597.

Beurlaubung von Arbeitern zum Besuch wissenschaftlicher Fortbildungskurse und „Ausstattungsgegenstände für Uebernachtungsräume“. 1009.

Dortmund. 947. 1133.

Dringend notwendig! (Pillau.) 86.

Düsseldorf. 902.

Eichgehilfen Schlesiens in Breslau. Versammlung der — 838.

Einspruch beim Arbeiter- oder Angestelltenrat. Erhebt rechtzeitig — 675.

Fiskalischen Gebäuden zu übernachten? Können Arbeitnehmer bei Gewährung von Auswärtszulagen gezwungen werden, in — 791.

Hamburg der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft. Bezirksleitung — 172.

Hannover. 1133.

Hauptbetriebsräten ohne Gegenliste glatt gewählt. Zwei unserer Listen zu den Wahlen zu den — 286.

Hauptbetriebsrats im Reichsverkehrsministerium, Abt. für Wasserstraßen, Luft-

und Kraftfahrwesen. 15. Vollziehung des — 723.

Hauptbetriebsratswahl im Bereiche des preussischen Finanzministeriums und Ministeriums des Innern. 333.

Hauptbetriebsratswahl für den Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung. 453.

Hauptbetriebsratswahl im Reichsverkehrsministerium. Zur — 478.

Hauptbetriebsratswahl 1927 bei der Reichswasserstraßenverwaltung. Wahlergebnis der — 621.

Kassel. 573.

Köln. 220.

Konstanz. 1054.

Kraiburg am Inn. 965.

Kummersdorf. 676.

Kündigung der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen für die unter den LAR. fallenden Arbeitnehmer. 196.

Lazarette der Heeresverwaltung. 597.

Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter noch zeitgemäß? Sind die — 196.

Lohnerhöhung? Warum fordern die Reichs- und Staatsarbeiter eine — 933.

Mittelfranken. Kulturvorarbeiter — 59.

München. 1037.

München (Heeresbekleidungsamt). 122.

Münster i. W. 812.

Nordostsee-Kanal. Ein Treffen unserer Reichswasserstraßenarbeiter am — 791.

Nürnberg. Sektion der Kulturvorarbeiter Gau — 766.

Personalakten der Arbeitnehmer. Führung von — 701.

Potsdam. 964. 1054.

Riems. Unerhörte Vorgänge auf der Ostseeinsel — 285. 406.

Reichsarbeiter? Wie steht es mit den Verhandlungen für die — 964.

Reichsbahnarbeiterpensionskasse I. 429.

Reichsfinanzministerium ist nicht in der Lage! Das — 878.

Reichsregierung gegen eine allgemeine Lohnerhöhung. Die — 988.

Reichsverkehrsministeriums. Das Amtsdeutsch des — 103.

Reichsverkehrsministeriums betr. Ueberstundenarbeit und Beflagung von Dienst- und fiskalischen Mietwohnungen. Verfügungen des — 36.

Reichsverkehrsministerium vor? Was geht im — 760.

Reichswasserstraßenarbeiter. 1009.

Reichswehrminister. Das Ergebnis einer Besprechung mit dem — 23.

Schmutzzulagen. Zur Frage der Besteuerung der — 102.

Schwerbeschädigte. Mehrurlaub für — 172.

Steuerfreiheit und Schmutzzulagen. 407.

Tarifkommissionen der Reichs- und preussischen Staatsarbeiter in Berlin. Sitzung der — 573.

Thüringischen Staatsarbeiter. Lohnelend der — 946.

Uerzig. 86.

Verforgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter. 809.

Was tut not? 35.

Wasserbauarbeiter: Alle Mann an Deck! (Betriebsrätewahlen.) 530.

Wasserbauverwaltung. Ausstattung der Wohn- und Uebernachtungsräume bei der — 143.

Wasserstraßen-Gewerkschaft. Die deutsche — 989.

Weinbaudomänen, Forsten usw. Einmalige Beihilfe für die Arbeiter in den — 838.

Wermwohnungen, wo örtliche Sonderzuschläge für die Beamten gezahlt werden. Keine Mieterhöhungen für die Inhaber von — 58.

Würzburg. 1009.

Zufuhrversorgungskasse des Reichs und der Länder. „Entwurf einer Satzung der — 559.

#### b) Gas, Wasser, Elektrizität.

Arbeitschutzgesetz und die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Das — 417.

Arbeitszeit in Gaswerken vom 9. Februar 1927. Die neue Verordnung über die — 173.

Ausstellung für das Gas-, Elektrizitäts- und Wasserfach, Gewa, in der Stadthalle zu Mainz vom 8. bis 15. Mai 1927. 429.

Chemnitz. 121.

Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerken. Steigende Dividenden auch in den — 817. 843.

Elektrointeressen. Zusammenfassung preussischer — 948.

Ferngasversorgung. Der Stand der — 886.

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter. Aus der Entwicklungsgeschichte der — 397.

Gasfernversorgung. Neue Methoden zur Erlangung der — 823.

Gasfernversorgung. Stellungnahme sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Hindenburg D.-Schl. zur — 358.

Gas- und Wasserfachmänner. Zur Jahresversammlung der — 532.

Hannover. 1083.

Heizerschulen. Errichtung von — 597.

Kohlenfrachtermäßigung für die Berliner Gas- und Elektrizitätswerke. 245.

Ofenhausarbeiter in Gaswerken, die mit dem Bedienen oder Ausbessern der Gasöfen und mit Abschladen der Generatoren beschäftigt sind, muß vom 1. April 1927 der Achttundentag bzw. die 48-Stundenwoche eingeführt werden. Für — 245.

Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk im Geschäftsjahr 1926/27. Das — 1031.

Reichskonferenz der Arbeitnehmer der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Zweite — 441. 465.

Reichskonferenz der GEB.-Arbeitnehmer. Unsere Dortmunder — 433.

Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes. Elektropolitik des — 845.

Westfalen. Wirtschaftsbezirk — 700.

#### c) Landstraßenwärter.

Beechendorf. 197.

Befragung eines Wegewärters, weil er, statt Verhaltensmaßregeln zu erbitten, in bester Meinung bei einer Straßenspflasterung selbständig gehandelt hat. 12.

Blankenburg a. Harz. 863. 1038.

Brandenburg am 16. Oktober in Berlin. Die Konferenz der Provinzial- und Kreis-Chauffeurarbeiter der Provinz — 947.

Brandenburg. Konferenz der Kreis- und Provinzial-Chauffeurarbeiter des Wirtschaftsbezirks — 387.

Chauffeurwärter Schlesiens. Konferenz der — 209.

Dresden. Betriebsrätetage der sächsischen Staats-Straßenarbeiter in — 622.

Eisleben. Konferenz der Straßenwärter in — 270. — Groß-Öttersleben. 1085. — Sameln. 388. — Hannover. 333. 622. 1010.

Hannover. Neuer Tarifvertrag für die Chauffee- und Landstraßenwärter der Provinz — 1051.

Heiligenstadt. 14. — Heinrichswalde. 87.

Kolberg. Die Tarifbewegung der Kreisstraßenwärter im Gau — 534.

Köthen. 87. — Kottbus. 87. Kreis Lauenburg 37. — Kreis Zauch-Belzig. 270. — Liegnitz. 533. — Loburg. 839. — Lützenwalde. 219. — Lüneburg und Wiesen. 287. — Passau a. d. Lahn. 334. — Rienburg. Kreis — 990. — Northheim 990. — Rorbürg. 271. — Rosflau. 146. — Schleswig-Holstein. 269. — Schwanebeck. 308. — Thüringen. 1037. — Torgau. 1010. — Uchte. 37. — Wienenburg. 309. — Wismar. 309. — Wolmirstedt. 13. 660. 1038. — Züllichau-Schwiebus. Kreis — 839.

d) Theaterarbeiter.

Theaterarbeitertkonferenz. Zweite — 533. 685.  
†Theaterausstellung Magdeburg dem Theaterarbeiter? Was lehrt die — 749. 790. 814. 839.

e) Verkehrsbetriebe.

Frankfurt a. M. 676.  
Kritikaster, die alles besser wissen möchten. 814.  
†M.M. Straßenbahn. Der neue — 980.  
Straßenbahn. Zur Kündigung des M.M. — 748.  
Straßenbahners einst und jetzt. Die Lätigkeit eines — 861.

Aus unserer Bewegung.

a) Wirtschaftsbezirks- und Gauberichte.

Baden. Landestkonferenz des Wirtschaftsbezirks — 751.  
†Brandenburg. Die Konferenz des Wirtschaftsbezirks — 851.  
Frankfurt a. M. in Bad Kreuznach. Die Konferenz des Wirtschaftsbezirks — 309.  
Hamburg-Niederelbe-Lübeck. Wirtschaftsbezirk — 197. 245. 678.  
Hannover. Gaukonferenz — 533.  
Königsberg. Gaukonferenz — 559.  
Mecklenburg am 24. Juli in Güstrow. Gaukonferenz — 725.  
Nordbayern in Bamberg. Gaukonferenz — 309.  
Pommern am 11. Dezember 1927 in Stettin. Siebente Konferenz des Wirtschaftsbezirks — 1134.  
Rheinland. 1056.  
Rheinland. Konferenz des Wirtschaftsbezirks — 389.  
Rheinpfalz-Saarland. Wirtschaftsbezirk — 575.  
Saargebiet. 1039.  
Sachsen. Freistaat — (Zur Ruheohnverforgung der sächsischen Gemeindearbeiter.) 1055.  
Schlesischen Gärtner, Gartenarbeiter und -arbeiterinnen. Konferenz der — 766.  
Schleswig-Holstein am 31. Juli. Gaukonferenz — 726.  
St. Georgen. 703.  
Westfalen. Wirtschaftsbezirk — 37. 246.  
Westfalen. Konferenz des Wirtschaftsbezirks — in Solingen. 815.  
Württemberg. Konferenz des Wirtschaftsbezirks — 598.

b) Filialberichte.

Aachen. 146. — Ahrweiler. 87. — Alzen. 173. — Angermünde. 309. — Arnstadt. 88. — Augsburg. 146. — Bad Nibling. 197. — Barmen. 335. — Barmen-Elberfeld. 123. 678. — Bauhen. 104. — Bauhen, Löbau und Zittau. 146. — Bayreuth. 147. — Bergheim (Erft). 197. — Berlin. 59. 174. 430. 431. 702. 751. 767. 991. 1011. 1038. — Bernburg. 123. — Bernkastel-Cues. — Bezirk Saargebiet 149. — Bielefeld. 124. 479. — Bitterfeld. — Bonn. 147. — Bremen. 1055. — Breslau. 124. — Chemnitz. 174. — Cöthen (Anhalt). 124. — Crammichau. 389. — Darmstadt. 147. — Dessau. 124. — Dortmund. 11. 124. 335. 408. 575. — Dresden. 271. 576. 955. — Duisburg. 124. 431. 837. 900. — Düsseldorf. 900. — Eisleben. — Emmendingen. 125. — Erlangen. 125. 661. — Essen a. d. Ruhr. 639. — Forst i. d. L. 103. — Frankfurt a. M. 220. — Frankenthal. 104. — Fürth i. B. 147. 479. — Gelsenkirchen. 175. — Gera. 175. — Glashütte. 678. — Godesberg. 1011. — Göppingen. 965. — Gürlich. 125. — Gotha. 198. 949. — Grafenwöhr. 125. — Grimma. 965. — Gumbinnen. 88. — Halberstadt. 104. — Halle a. d. S. 175. 335. 432. 767. 965. 1011. 1038. — Hamburg-Niederelbe-Lübeck. 198. — Hannover. 966. — Heilbronn. 125. — Hildesheim. 198. — Hof. 925. — Jhehoe. 1087.

— Jena. 175. — Karlsruhe. 175. 1012. — Kassel. 535. 1134. — Köln. 175. 198. 310. 992. 1038. 1134. — Königsberg i. Pr. 560. — Köslin. 104. — Krefeld. 125. — Lambrecht. 220. — Landshut (Bayern). 125. — Leipzig. 147. 407. 901. — Lengsfeld i. B. 880. — Limbach. 925. — Löbau i. Sa. 148. — Lübeck. 661. — Ludwigshafen a. Rh. 148. 288. 455. 902. 1111. — Lüneburg. 104. — Magdeburg. 148. 1012. — Mainz. 148. 432. — Marienburg Westpr. 88. 149. — Mayen. 88. — Memmingen. 598. — Minden. 310. — Mittweida. 59. — München. 149. — München-Gladbach. 623. 679. 1012. — Naumburg. 125. — Neugersdorf. 126. — Neuhaßensleben. 176. 1039. — Neustadt a. Hardt. 126. — Neuwied. 126. — Nordhausen. 104. — Nowawes. 863. — Oppau. 60. — Rathenow. 198. — Reichenbach i. B. 880. — Rheine i. W. 966. — Rheinhausen. 271. 512. — Rheydt. 678. 837. — Rosenheim. 1039. — Rostock. 149. — Saargebiet. 310. — Salzwedel. 198. — Schmalldalen. 104. — Schweinfurt. 176. — Solingen. 88. 198. 1087. — Speyer. 220. — Spremberg. 150. 198. 310. — Stade. 902. — Stallupönen. 150. — Stuttgart. 176. — Triberg. 104. — Trier. 661. 902. 1013. — Uerdingen. 60. — Ulm a. d. D. 176. — Waldshut. 199. — Weilmünster. 126. — Weisensfels. 88. — Wermelskirchen. 150. — Wittenberge. 88. — Wittlich. 88. — Wurzen. 126. — Zeitz. 272. 358. 679. — Zossen. 104. — Zschopau im Erzgebirge. 389.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

ADB. Zweiter Kongreß des — 835.  
†ADGB. im Jahre 1926. Der — 689.  
ADGB. in Magdeburg am 13. September. Gründungsausschufführung des — 834.  
†ADGB. Sitzung des Bundesauschusses des — 1045. 1065.  
Arbeitsgemeinschaft deutscher Gewerkschafts- und Volkshäuser. Konferenz der — in Hamburg. 752.  
Baugewerksbundes. Tagung des Beirats des Deutschen — in Berlin. 221.  
Bergarbeiterdelegierten zum Abbruch des Streiks. Die Entschließung der — 945.  
Bundesauschusses. Achte Sitzung des — 487.  
Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1926. Die — 1013.  
Eisenbahner. 535.  
Fabrikarbeiterverband wieder für Betriebs- und Industrieorganisation. Der — 221.  
Gewerkschaften im Jahre 1925. Die — 60.  
Secht, Mag — 311.  
Industrieverband. Ein neuer — 862.  
†Leipzigs. Zum 60. Geburtstag Theodor — 413.  
†Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1927. Aufruf zu den — 126.  
Ortsauschusses Berlin des ADGB. 35. Geschäftsbericht für das Jahr 1926 des — 679.  
Rathmann gestorben. Hermann — 456.  
Saccos und Banzettis. Protest des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Hinrichtung — 703.  
Silberschmidt †. Hermann — 1110.  
Unternehmeroffensive. Zurückgeschlagene — 199.  
Zigarrenindustrie. Die Riesenaußperrung in der — 1087.

Internationales.

Abrüstungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus. 726.  
Amerika. (Die Freitagewoche.) 14.  
Amerika. Ein Gesetz gegen den Abbau der jetzigen Löhne fordert der Arbeitsminister in — 1122.  
Amerika. Hohe Löhne, niedrige Preise in — 359.  
†Amerika. Lohn und Rationalisierung in — 301.

†Amerika. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in — 570.  
†China als zukünftiger Großindustriestaat. 651.  
†China. Der Kampf in — 280.  
†Englische Anti-Gewerkschaftsgefeh. Das — 415.  
Englischen Gemeindearbeiter und das neue Gewerkschaftsgefeh. Die — 783.  
†Englischen Gewerkschaftskongresses. Die Bedeutung des — 825.  
†Englische Gewerkschaftsrecht und die Gewerkschaften. Das neue — 693.  
Federation der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe. Aus der Internationale der — 61.  
Frankreich. (Arbeitszeit und Rationalisierung). 61.  
†Französischen Bruderorganisation. Der fünfzehnte Verbandstag unserer — 847.  
Französische Verwaltungsreform. 1014.  
†Großbritannien. Löhne und Arbeitszeit in Behördenbetrieben in — 81.  
IGB. angeschlossenen Landeszentralen. Mitgliederzahl der dem — 234.  
Jugoslawien. 623.  
†Internationalen Arbeitsamts in Berlin. Tagung des Verwaltungsrats des — 950.  
†Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der Mitgliederstand — 662.  
Internationaler Gewerkschaftskongreß — Der vierte — in Paris. 709.  
Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Sitzung der Vorstände des — 358.  
Rußland. Arbeitslosenversicherung in — 791.  
†Schweizerischen Verbandes des Personals öffentlicher Dienste. Der Verbandstag des — 583.  
†Skandinavisches Genossenschaftswesen. 697.  
†Südoberuropäische Gewerkschaftsbewegung. 215.  
†Stockholmer Konferenz des Internationalen Genossenschaftsbundes. Die — 771.  
Ungarn 1926. Die Gewerkschaftsbewegung in — 1015.

Rundschau.

Abbau der jetzigen Löhne fordert der Arbeitsminister in Amerika. 1122.  
Abschlagszahlung oder endgültige Abfindung? Kleine — 151.  
Alkoholismus. Die Bischöfe gegen den — 663.  
Alkoholkonsum. Wieder steigender — 967.  
Antrag. Ein unkluger — 248.  
Arbeitslebens. Mechanisierung des — 432.  
Arbeitslosen? Wie hoch ist die Zahl der — 390.  
Arbeitslosigkeit. Weiterer Rückgang der — 752.  
Arbeitszeit. Ein altes Wort über den Segen kurzer — 38.  
Ausperrungen bei den Arbeiterkämpfen. Steigende Bedeutung der — 728.  
Betriebsführer aus den eigenen Reihen. 224.  
Betriebsrätewahlen in den städtischen Betrieben Rheinland-Westfalens. Die — 536.  
Blos †. Wilhelm — 624.  
Botenjungenstolz. 224.  
Braun. Dr. Heinrich — 152.  
Breslauer Heizerkurios 1926/27. Der — 176.  
Brief des Kollegen Gipp (Buffalo) aus Anlaß der 30-Jahrfeier der Filiale Berlin. 247.  
Deutsche Wohnungsfürsorge V.-G. für Beamte, Anestellte und Arbeiter. 39.  
Demogefellschaften und Verbandstag der Baugenossenschaften. Reichskonferenz der — in Berlin. 288.  
Domela. Nur die Hundeseele des Bürgertums züchtet Hochstapler à la — 639.  
Ehrengabe von 250.— Mk. Eine — 863.  
Einzelstreits und Maßregelungen. 647.  
Flagge. Unter falscher — 200.  
Gastrieg. Der „humane“ — 704.  
Gegen die ††† Betriebe der öffentlichen Hand. 455.  
Gehalt für Hochverrat. 40.  
Gemeinden und Konsumvereine. 600.

Gesundheitsgefahren beim Heben und Tragen schwerer Säcke. Ueber die — 599.  
 Gewerbehygiene. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für — 576.  
 Gewerbehygiene. Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für — 968.  
 Hamburg. Gewerbehygienischer Vortragskursus in — 863.  
 Heimstätte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsauschuß Groß-Hamburg G. m. b. H. 63.  
 Hemmungen ausgeschaltet werden ... Wenn die — 664.  
 Hochstaplerreisen auf dem Land. 952.  
 Jahr 1927. 14.  
 Jubiläumsausgaben. Steuerfreiheit von — 480.  
 Karlsruhe. Bautenkontrolle in — 863.  
 Kinderfürsorge. Praktische — 456.  
 Krippe geboren. In der — 1135.  
 Kulturdokumente. 272. 360. 408. 479. 902. 1015.  
 Lärmsehörigkeit. Gründung eines Ausschusses zur Bekämpfung gewerblicher — 1112.  
 Lasten. Die Auswirkungen des Tragens schwerer — 248.  
 Lastträgern. Die gesundheitlichen Schädigungen von — 904.  
 Lebenshaltung. Verteuerung der — 599.  
 Lebenshaltungskosten. Steigende — 680.  
 Liebespaar. Das — 952.  
 Lohnkämpfe und Preissteigerung. 223.  
 Lohnsteuerverstärkungen für das Kalenderjahr 1926. Bekanntmachung über die — 62.  
 Mahnung an unsere Mitglieder. Eine ernste — 15.  
 Massen tragen die Lasten. Die — 1040.  
 Mühe. Vergebliche — 336.  
 Nachahmung empfohlen. Zur — 127.  
 Portoerhöhung. Die — 662.  
 Preisausschreiben. 311.  
 Reallohn. Absoluter Lohn und — 336.  
 Rechtsschutz. 648.  
 Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold müssen gewürdigt werden. Die — 1112.  
 Reichssektion Reichs- und Staatsarbeiter. 647.  
 Rheinland in den Gemeinde-, Provinzial-, Reichs- und Staatsbetrieben gewählten Betriebsratsmitglieder im Jahre 1927. Gesamtübersicht der im Bereiche des Wirtschaftsbezirks — 768.  
 Ruppert, Adam, 60 Jahre alt. 1112.  
 Schreck, laß nach! 1016.  
 †Schulgemeinschaften. Bundestag der freien — am 3. Oktober in Magdeburg. 926.  
 Segiß †. Martin — 703.  
 Sehr richtig! 390.  
 Soziale Belastung der deutschen Arbeiterschaft. Ausführungen über die — 840.  
 Städteordnung. Die werbenden Betriebe in der neuen Preußischen — 840.  
 Städtetag gegen die Ferngasversorgung durch die Ruhrindustriellen und gegen die ungeheure Mietenerhöhung. Der Deutsche — 222.  
 Steigende Not. 928.  
 Stenographie? Braucht der Arbeiter zu seiner Bildung die — 16.  
 Steuerabzug für Nachdienstzulagen. 62.  
 Strom des Lebens. Der — 926.  
 Straßenreiner. Unerkennende Worte über die Tätigkeit der — 390.  
 Stunden. Verlorene — 728.  
 Systems. Folgen des — 311.

Zeuerungswelle. Die neue — 864.  
 Tote unseres Verbandes. Zwei — (Sport und Bergel.) 496.  
 Unfälle. Eine Million — 456.  
 Unfallverhütung und ihre Folgen. 223.  
 Unterernährung und Untergewicht. 680.  
 Verband und Ethik. 150.  
 Verfassungstage — Wie der Reichsarbeitsverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände dem — Rechnung trägt. 816.  
 Volksfürsorge. Das Geschäftsjahr 1926 der — 727.  
 Volksfürsorge im Jahre 1926. Die — 222.  
 Winterurlaub! Nehmt — 928.  
 Wirtschaft und Ethik. 512.  
 Wochenendausstellung. Verlängerung der — 536.  
 Wohnungsnot. Die große — 1088.  
 Zubeil †. Friß — 15.  
 Zwiegespräch. 1016.

**Feuilleton.**

†Arbeiterbewegung der Geschichte. Die erste — 1047.  
 †Deutschlands höchstem Berg. Von — 649.  
 †Dortmund. Willkommen in — 400.  
 †Eltern und Kinder. 257.  
 †Ferienbrief. Ein — 737.  
 †Fernsprecher in Deutschland. Fünfzig Jahre — 957.  
 †Frankfurter Arbeiter-Musikwoche. Die — 715.  
 †Gaslaterne. Die — 937.  
 †Gasrohre. 775.  
 †Gewerkschaften und Leibesübungen. 321. 345. 417. 465.  
 †Gewerkschaftsliteratur. Entwicklung der — 631.  
 †Gänge. — Der Blick nach oben. — Samstag ist. 915.  
 †Handwerksausstellung. Die Münchener — 871.  
 †Kanälen einer Großstadt. Während eines Gewitters in den — 611.  
 †Kanalisationstechnik. Antike — 689.  
 †Lebensjahre unseres Verbandes. Aus den ersten — 5. 29.  
 †Lichtmunder der Großstadt. 759.  
 †Musikkultur und Arbeiterschaft. 113. 137. 163. 235. 279.  
 Proletarierleben. 209.  
 Scheunenviertel. Im — 503. 521. 545.  
 †Schuld? Wer trägt die — 977.  
 †Totalitätsgewissen. 891.  
 †Widen. Eine Hofe, eine Jacke und duftende — 1069. 1097.  
 †Wilde Welten. 185.  
 †Wille und Erfolg. 803. 825.

**Gedichte.**

Das Brot. 513.  
 Deine Arbeit. 153.  
 Der deutsche Wald. 64.  
 Der Frühling und die Frauen. 289.  
 Der große Marsch. 457.  
 Der Arbeiter. 841.  
 Die Fabriken. 393.  
 Die Bielen. 753.  
 Dieses Dröhnen wird sie wecken. 367.  
 Eisenwerk. Vor einem — 969.  
 Erst die vereinte Lat ergibt Gewinn. 1056.  
 Freiheit. 665.  
 Frühlingserwachen. 272.  
 Gaben. Feierabend in — 968.  
 Heinrich von Kleist. 929.  
 Holzfäller. 129.  
 Hört ihr den tausendfachen Schritt? 391.

Januar. 74.  
 Im März. 249.  
 Ins Feuer die Faust. 337.  
 Kampf. 601.  
 Kappminister. Der — 152.  
 König Michael. 664.  
 Kriegslied der Stahlmagnaten. 1136.  
 Lied der Arbeit. 273.  
 Massengräber. 729.  
 Neues Jugendlied. 584.  
 Noble Arbeitslosigkeit. 600.  
 O Lannenberg! 904.  
 Pfingsten. 483.  
 Politisches Panorama. 1040.  
 Schein und Wirklichkeit. 563.  
 Sonntag. 225.  
 Städtische Gärtner. 105.  
 Stundensang. 1027.  
 Uns sind die Straßen zugetan. 177.  
 Unser Nachruf. 1089.  
 Wir Arbeiter ... 577.  
 Wir sind. 89.  
 Zäcker. Die Schlacht bei — 128.  
 Zehn Meter Gras. 409.  
 Zum neunten November. 953.

**Sentenzen.**

20. 34. 143. 214. 228. 241. 310. 344. 349. 424. 520. 527. 596. 636. 661. 688. 699. 714. 720. 736. 745. 808. 809. 828. 872. 922. 960. 979. 1008. 1068. 1081. 1126.

**Verbandssteil.**

Arbeitsgerichtsgesetz. Kursus für alle Verbandsangestellte zur Einführung in das — 360.  
 Bekanntmachung, daß die „Gewerkschaft“ und Beitragswoche die gleiche Nummer tragen. 16.  
 Bekanntmachung betr. Ausfertigung der Fragebogen über Organisationszugehörigkeit usw. 1136.  
 Ferienreise Prag-Wien-Salzburg. Die — 576.  
 Kartellvertrag mit dem schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste. 664.  
 Kostenverteilung bei den Ferienbildungskursen. 480.  
 Nachtrag zu dem vom 10. ordentlichen Verbandstag in Frankfurt a. M. 1925 beschlossenen Statut des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 704.  
 Reichsmanteltarifvertrag für Gemeindefabrikarbeiter verlängert. 880.  
 Straßenbahnen — RML. Str. III. Kündigung des Reichsmanteltarifvertrags für — 768.  
 Tagesordnung für die zweite Reichskonferenz der Arbeitnehmer der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke in Dortmund (8. bis 10. Mai). 40. 200.  
 Tinz. Heimvolkshochschule — 312. 880.  
 Verlängerung des Reichsmanteltarifvertrages der Gemeindefabrikarbeiter. 16.  
 Wirtschaftsschule Düsseldorf. 64. 904.  
 Zwei Hilfsarbeiter gesucht (Gaubureau Brandenburg und München). 224.

**Briefkasten.**

63. 128. 272. 312. 680. 880. 1136.

**Inserate.**

Filiale Berlin sucht Hilfsgeleiterin. 480.  
 Filiale Frankfurt a. M. Ortsangestellter gesucht. 536.  
 Stettin. Ortsverwaltung — sucht einen ersten Geschäftsführer. 64.

# Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe

Beilage zur „Gewerkschaft“ / Organ des Verbandes  
der Gemeinde- und Staatsarbeiter

## Artikel.

Auto-Teersprengwagen. Ein neuer — 155.  
Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges. (Bewag). Das Lohnsystem der — 26.  
Braunkohlenschwelkraftwerke Hessen-Frankfurt a. M. 71.  
Charlottenburg der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. Das Städteheizwerk — 47.  
Dampfturbopumpe als Wasserwerksmaschine. Die — 21.  
Dresden als Steinbruchbesitzerin. Die Stadt — 139.  
Elektrizität. Die Unfallgefahr durch die — 107.  
Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft. Geschäftsabschlüsse in der — 142.  
Elektrizitätsgesetz. Das Preußische — 170.  
Elektrizitätsversorgung der deutschen Großstädte. Die — 49.  
Elektrizitätsversorgung und ihre Bedeutung für die Kommunalwirtschaft. 63.  
Elektrizitätsversorgung Deutschlands. Die — 145, 161.  
Energieerzeugung. Direkte Ausnutzung von Wasserläufen zur — 187.  
Fahrbahnen der Landstraßen nicht mehr? Warum halten die — 141.  
Ferngasversorgung. Denkschrift der Gas- und Wasserfachmänner zur — 167.  
Ferngasversorgung. Wirtschaftlichkeit der kommunalen Gaswerke und — 129.  
Fernheizung im Städtebau. Die — 17.  
Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und ihre Arbeiterschaft. 75.  
Gaserzeugung. Die Entwicklung der — 59.  
Gasfernversorgung durch das Gaswerk Stuttgart. 119.  
Gasindustrie. Die wirtschaftliche Lage der — 179.  
Gasindustrie. Die wissenschaftlichen Einrichtungen der — 173.  
Gasmessers. Die neuzeitliche Entwicklung des — 105.  
Gasturbine. Entwicklung der — 89.  
Gasversorgung der deutschen Städte. Die — 38.  
Gasversorgung Deutschlands durch die Ruhrzechen oder durch die örtlichen Gaswerke? 7.

Gaswerke für Verwertung der Nebenprodukte. Die wirtschaftliche Organisation der deutschen — 103.  
Golpa-Zschornowitz. Das Kraftwerk und die Ueberlandzentrale — 43.  
Grundwasserversorgung Mitteleuropas. Die geologischen Grundlagen der — 123.  
Industriegasanlagen. Die technische Entwicklung der — 125.  
Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke (Ike)? Was will und was bedeutet die —  
Klingenberg in Berlin. Großkraftwerk — 87.  
Kohle. Die mechanische und chemische Veredelung der — 81.  
Kraftquellen Berlins. 189.  
Müllabfuhr und Straßenreinigung im Haushalt deutscher Städte. 33.  
Müllverwertung. Neuzeitliche — 149.  
Phasenläufer. Schleifringloser — 91.  
Rationalisierung der kommunalen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. 41.  
Reichsbetriebe im Jahre 1926. Die — 138.  
Sowjetrußlands. Zum Wiederaufbau — 127.  
Spezialmotoren. Ueber kompenzierte und andere — 9, 27.  
Stadtentwässerungsanlagen im Osten von Berlin. 171.  
Steinkohlengases. Der Werdegang des — 3.  
Steinschlagbahnen heute noch zweckmäßig? Sind — 117.  
Straße, Technische Anforderungen an die moderne — 97.  
Stromerzeugung im Jahre 1925 nach Ländern und Provinzen. Die deutsche — 113.  
Trinkwassers. Beschaffenheit des — 169.  
Unfallgefahren der Gas- und Wasserwerksarbeiter. Die — 77.  
Verkehrswesen des Deutschen Reiches. Das — 1.  
Wasserversorgung der Stadt Chemnitz. Geschichtliche Entwicklung der — 153.  
Wasserwerke. Neuzeitliche — 67, 83.  
Werkstoffwirtschaft. 177.

## Rundschau.

Achtstundentag verhindert werden soll. Wie der — 43, 91.  
Akkumulatoren, 100 000 Kilowatt aus — 40.  
Amerika. Der Stromverbrauch in — 32.  
Amerikaanleihe des RWE. 143.  
Bayerns im sechsten Geschäftsjahr. Die staatlichen Großkraftwerke — 96.  
Bayerns Wasserkraftanlagen. 192.  
Berlins Wasser her? Wo kommt — 55.  
Chemnitz. Elektrizitätswerk — 160.  
Deutschlands Gaswerke. 31.  
Elektrifikation in Oesterreich. 32.  
Elektrizität und Wärme. 143.  
Gasfernversorgung in Hessen. Schlechte Aussichten für die — 159.  
Gasquellen. 32.  
Gleislose elektrische Bahnen. 32.  
Gruppengasversorgung der städtischen Gaswerke. Fortschritte der — 122.  
Kesselhaus. Ein neuzeitliches — 158.  
Kohle. Verflüssigung und Vergasung der — 40.  
Kokslöschverfahren für Gasanstalten und Kokereien. Ein neues — 112.  
Leuchtgas zum autogenen Schneiden von Metall. 16.  
Oberstein-Idarer Elektrizitätswerkes durch das RWE. Uebernahme von Aktien des — 143.  
Rußland. Gemischtwirtschaftliche Elektrizitätsunternehmen in — 176.  
Stadtgärtnerei München. 16.  
Straße? Was kostet eine — 160.  
Straßenbahndrehkran. Fahrbarer — 159.  
Straßenbahn — Klubsessel in der — und 30 Proz. Gewichtsparsnis! 160.  
Straßenreinigung. Fortschreitende Technisierung in der — 31.  
Wasser gemacht? Was wird aus — 176.  
Wasserkraftausnutzung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. 144.  
Wasserleitungen. Frostgefahr bei — 176.  
Wasserstoff und Sauerstoff in Elektrizitätswerken. 112.  
Wasserturbinen. Schutzvorrichtung bei — 186.  
Wasserwerk — Das — für das nördliche westfälische Kohlenrevier zählt zu den größten Europas. 56.  
Wien. Ausbau der städtischen Elektrizitätswerke in — 166.

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11044

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Rückblicke auf das Jahr 1926

### I. Allgemeines und Politisches.

**W**ir leben in wandlungsreichen Zeiten und es ist außerordentlich schwer für den einzelnen, die Gesamtorientierung zu behalten. Deswegen erscheint uns nach wie vor die Methode zweckmäßig, zu Jahresbeginn Ueberblick und Rechenschaft zu geben von dem, was auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, gewerkschaftlichem und verbandsorganisatorischem Gebiete im verfloßenen Jahre geleistet worden ist. Wenn wir mit den allgemeinen Betrachtungen beginnen sollen, so läßt sich zusammenfassend das Jahr 1926 als Jahr der Dauerwirtschaftskrise bezeichnen. Die zwei bis drei Millionen Erwerbslose sind das Charakteristikum für die deutsche Industrie. Wir wagen auch heute noch nicht einen frohen Ausblick zu geben für die kommenden Monate, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich auf absehbare Zeit kaum wesentlich wandeln dürften. Die beiden großen Faktoren: Aenderung der Weltwirtschaft nach dem Kriege, stärkste Rationalisierung und technische Umgestaltung in der deutschen Industrie, haben so viele Menschenkräfte lahmgelegt oder „überflüssig“ gemacht in Deutschland, daß an eine wesentliche Verbesserung des Wirtschaftsmarktes vorerst kaum zu denken ist. Wir möchten auch unsere Betrachtungen mit demselben Ruf beginnen, den wir am Schluß des vorigen Jahres erhoben haben: Kollegen, sorgt dafür, daß möglichst alle Ueberstunden vermieden werden! Denn soweit uns Statistiken zugänglich gemacht worden sind, ist unverkennbar, daß ein nicht unerheblicher Teil des Erwerbslosen-Elends dadurch hervorgerufen wird, daß andere Ueberstunden schuften und ihre Arbeitskraft zermürben und schädigen. Wohl mag in diesen Zeiten der eine oder andere eine gewisse Entschuldigung in der gesamtwirtschaftlichen Notlage finden und in der Tatsache, daß mancher Erwerbslose in den Familien mit durchgeschleppt werden muß. Es steht jedoch fest, daß unsere gewerkschaftlichen Grundsätze schwer gefährdet sind, wenn dem Ueberstundenunwesen nicht Einhalt geboten wird. Deshalb muß mit allen Mitteln in den einzelnen Verwaltungen wie in den einzelnen Betrieben

darauf hingearbeitet werden, daß keine Ueberstunde mehr gemacht wird, wo nicht die unbeweisbare Notwendigkeit eines plötzlichen Unfalles oder eines Maschinendefekts es erforderlich macht! .....

Der bemerkenswerteste Vorgang im politischen Leben des verfloßenen Jahres war wohl der erste deutsche Volksentscheid, dem das bekannte Volksbegehren vorausging. Durch die Vermittlung des ADB-Vorstandes zwischen SPD. und KPD. kam ein Gesetzesentwurf zustande, der eine völlige Enteignung der Fürstenvermögen forderte. Wurde auch beim Volksbegehren zunächst die erforderliche Zahl hierzu voll erreicht und setzte in der gesamten Arbeiter- und Gewerkschaftspresse eine Propaganda mit ungeheurer Wucht und Kraft ein zur Vorbereitung des Volksentscheids, so kamen doch nur 14½ Millionen Stimmen zusammen an Stelle der erforderlichen rund 20 Millionen Stimmen. Es ist nun hinterher leicht, zu orakeln, man hätte den Wortlaut anders fassen können, darn wäre wohl ein großer Teil des Bürgertums dem Volksentscheid nicht ausgewichen durch Stimmenenthaltung. Bemerkenswerte Tatsache bleibt immerhin, daß mehrere Millionen Wähler aus Zentrums- und Demokratenteilen, zum Teil sogar aus den Kreisen rechtsgerichteter Parteien für den Volksentscheid gestimmt haben. So wurde ein Achtungserfolg errungen, der den herrschenden Regierungskreisen zum Bewußtsein brachte, daß man nicht in dieser Zeit der Not Millionen hinausgeschleudern kann an die über die Grenzen hinaus desertierten ehemaligen Kaiser und Könige. Daß hinterher, nachdem dieser Volksentscheid gefallen ist, ein sehr unerfreuliches Kompromiß im Preussischen Landtage geschlossen werden mußte, indem man dem ehemaligen Hohenollernfürsten doch noch ungefähr 120 Millionen in den Schoß warf, während (immerhin!) rund 800 Millionen für das Volk „gerettet“ werden konnten, steht auf einem anderen Blatt. Es ergab sich aus der gesamten politischen Konstellation. Wenn man schon Vorwürfe erheben will, so in erster Linie gegen die Masse des eigenen Volkes, das im Volksentscheid versagte und auch bei den Reichstagswahlen keine einwandfreie linksgerichtete Mehrheit zustande gebracht hat.

War so auf dem Gebiete der inneren Politik eine Nie-



lage der Millionen Arbeitenden zu verzeichnen infolge der Saumseligkeit von Millionen Indifferenten, die wir leider noch in den eigenen Reihen besitzen, und zeigte sich bei dieser Gelegenheit auch ganz deutlich, daß das bloße Zusammengehen von SPD. und SPD. allein bei weitem nicht ausreicht, um die „Welt aus den Angeln zu heben“, so haben wir auf dem Gebiete der Außenpolitik im Laufe des letzten Jahres immerhin einige ansehnliche Erfolge aufzuweisen. Gewiß, die Märztagung des Völkerbundes brachte vorerst nicht die Aufnahme Deutschlands infolge Einspruchs ausgerechnet von Brasilien. Aber dieser Einspruch war mehr formaler Natur, weil Brasilien, Spanien und Polen selber einen Ratsitz haben wollten. Inzwischen ist am 8. September Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund erfolgt. Wir haben nun als Fortsetzung der Locarno-Politik die neuesten Genfer Verhandlungen im Dezember 1926 hinter uns, von denen Stresemann beachtliche Resultate mitbringen konnte, die eine wesentliche Verbesserung der außenpolitischen Lage Deutschlands bedeuten. Die Rheinland-Befegung soll weiter gemildert werden und vor allen Dingen wird auch die Militärkontrolle demnächst so gut wie aufgehoben.

Dazwischen spielt sich nun eine sehr unerfreuliche Auswirkung der Hindenburg-Reichspräsidentenwahl ab. Es gab eine neue „Flaggenverordnung“, die im Auslande wieder Schwarz-Weiß-Rot, wenn auch mit der Gösch, auf den Konsulatsgebäuden duldet neben der schwarz-rotgoldenen Fahne, so daß also den rechtsgerichteten Elementen damit eine unverantwortliche Konzession gemacht worden ist. Trotz des gewaltigen Protestes, der nicht nur im Reichstag erhoben wurde, sondern auch in weitesten Kreisen Deutschlands Unterstützung fand, ist an dieser kuriosen Flaggenverordnung nichts geändert worden, so daß es im Belieben der Konsulate liegt, die monarchistische deutschnationale schwarz-weißrote Flagge zu ziehen mit der kleinen Gösch oder der Reichsflagge. Hier muß über kurz oder lang allerdings von einem anderen Reichstag reiner Tisch gemacht werden, damit das Wahrzeichen der neuen deutschen Republik endlich zur Anerkennung gebracht wird. Im Preussischen Landtag, wo ja gegenwärtig ein Stück Reichspolitik mit geleistet werden muß, wurde eine gründliche Abrechnung mit dieser Flaggenverordnung vorgenommen. Ebenso wurden die Putschpläne von Claß, Hugenberg, Neumann, Lutz und anderen eindringlich beleuchtet.

Mitte des Jahres, am 2. Juli 1926, wurde eine Erhöhung der Lebensmittelpreise in diesem reaktionären Reichstag durchgeführt mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums, so daß eine erhebliche Verteuerung der Lebensmittel gesichert worden ist. Auf der anderen Seite gelang es leider den arbeitenden Massen nicht, einen Ausgleich durch entsprechende Lohnerhöhungen herbeizuführen. Die gesamte Steuerpolitik des Reiches war überhaupt dazu angetan, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Ein systematischer Abbau der direkten Steuern, insbesondere der Vermögenssteuer, wurde vorgenommen. Dem stand gegenüber nur ein ganz geringer Abbau der Lohnsteuer nebst einer Einschränkung der Umsatzsteuer, die zum Teil ja auch von den arbeitenden Massen getragen wird. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, wie notwendig eine andere Regierung ist und die Ausschaltung der Deutschnationalen in unserer Innenpolitik ein Gebot der Stunde ist, so ist es diese Steuerpolitik des Jahres 1926, die leider allzu gleichgültig von den arbeitenden Massen aufgenommen wurde.

Einer der wichtigsten Vorgänge im politischen Leben des verflochtenen Jahres war der Rücktritt Severings vom preussischen Innenministerium. Wenngleich wir seinerzeit darüber eingehend berichtet haben, muß jetzt vom gewerkschaftlichen Standpunkt erneut daran erinnert werden, daß Severing eine der stärksten Säulen der deutschen Republik gewesen ist und daß alle Gewerkschafter ihm hohen Dank schulden für sein energisches, opferungsvolles Wirken auf innerpolitischem Gebiete. Gewiß konnten nicht alle Maßnahmen des preussischen Innenministers unseren Beifall finden. Dazu ist

das Amt eines Polizeiministers auch wenig angetan. Aber soweit ein Sozialdemokrat überhaupt an dieser Stelle wirken kann im Sinne der freien deutschen Republik, im Sinne auch der Grundgedanken des Sozialismus und der freien Gewerkschaften, hat es Severing getan. Das wollen wir an dieser Stelle erneut und unzweideutig bekunden.

Auf der anderen Seite mußte nun auch der oberste militärische Heerführer, General von Seeckt, zurücktreten, da Gehler ihn nicht länger halten konnte. Wir wollen hier einstweilen das Kapitel Gehler übergehen und nur feststellen, daß Seeckt über einen Hohenzollernprinzen gestolpert ist, der in der Reichswehr Aufnahme fand, eine Ungehörigkeit sondergleichen, die auch mit unserer Außenpolitik und mit den gepflogenen Abmachungen unvereinbar ist. Der Nachfolger, Herr von Heene, ist bis jetzt von allen Seiten als absolut zur Republik stehend gekennzeichnet worden. Hoffentlich trifft das in allen Einzelheiten zu.

Ende Oktober haben im Freistaat Sachsen bei ungefähr 70 Proz. Wahlbeteiligung Landtagswahlen stattgefunden, die zwar eine Minderung der bürgerlichen Parteien brachten, eine klare Richtlinie aber für die politische Konstellation nicht erkennen lassen, so daß die Regierungsbildung einstweilen ausgelegt werden mußte und erst nach Neujahr vorgenommen werden soll.

Das gleiche trifft nun auch für die deutsche Regierung zu; denn noch in der Vorweihnachtszeit wurde die Reichsregierung gestürzt, und zum drittenmal haben wir eine ernste Regierungskrise um die Weihnachtszeit herum, wie in den Jahren vorher. Nach einer eindrucksvollen, wenn auch mit vielem Widerspruch aufgenommenen Rede des Abgeordneten Scheidemann, der das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie behandelte, und die sich, wie wir bereits in Nr. 52 der „Gewerkschaft“ darlegten, mit den Reichswehrmißständen beschäftigte, wurde das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Deutschnationalen, Kommunisten und Deutschvölkischen unterstützt, so daß es mit 246 gegen 172 Stimmen angenommen worden ist. Damit war der Regierung Marg der Lebensfaden abgeschnitten. Wieder taucht die Frage auf, soll eine Große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie geschaffen werden oder sollen an Stelle der Sozialdemokraten die Deutschnationalen treten? Vom Standpunkt der Gewerkschaften kann die Beantwortung der Frage nicht zweifelhaft sein. Es erscheint uns unter allen Umständen notwendig, daß die Verhinderung einer reaktionären rein bürgerlichen Regierung erreicht wird. U. E. haben die Vertreter der Arbeiterschaft die Pflicht, alles daran zu setzen, daß dies nicht geschieht. Wir erinnern dabei nur an die Konferenz der Arbeitsminister im Mai 1926 in London, in welcher über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens tagelang geredet worden ist. Eine grundsätzliche Anerkennung der 48-Stunden-Woche ist zugegeben worden. Die Ueberstunden sollen durch Landesgesetz geregelt werden, Ueberstundenbezahlung obligatorisch durch 25 Proz. Zuschlag festgesetzt und die 48 Stunden auf fünf Arbeitstage pro Woche oder auf elf in zwei Wochen eventuell verteilt werden können. Aber Herr Dr. Brauns, der Arbeitsminister Deutschlands, der auf dem Leipziger und Breslauer Gewerkschaftskongreß ja so schöne Reden geschwungen hat zugunsten des Achtstundentages, hat doch recht kläglich versagt in den Zeiten des Unternehmerdrucks um 1923/24. So ist es höchste Zeit, daß der Arbeitsminister abgelöst wird durch jemanden, der den Dingen energischer nachgeht. Das kann nur ein Sozialdemokrat sein!

Ähnlich liegen die Dinge mit dem Wehrminister Gehler, der auch auf der ganzen Linie seit Jahren kläglich versagt hat und dem man den Abschied für alle Zeiten nur dringend nahelegen kann. So bleibt wahrscheinlich als kleinere Uebel die Notwendigkeit, eine „Regierung der Mitte“ zu bilden, von der sich die Sozialdemokratie nicht dauernd selbst ausschalten kann. Wenn dieser Reichstag überhaupt noch lebensfähig werden soll, so ist das vorübergehende Pattieren

mit Demokratie und Zentrum notwendig, wozu als Wermutstropfen die Deutsche Volkspartei kommen würde, deren Scholz-Flügel allerdings eine Beigabe ist, die sich parlamentarisch nicht bezeichnen läßt. Jedenfalls wird im Laufe des Januar sich klar zeigen, ob dieser Reichstag noch weiter „wurstelt“ oder ob er verfrüht ab danken muß. Selber liegt das nicht in den Händen der Arbeiterparteien, sondern des Reichspräsidenten von Hindenburg, der, wie wir ihn kennen, klug genug ist, die Interessen der bürgerlichen Parteien so weit wahrzunehmen, daß er dem Reichstag keine verkürzte Lebensdauer gibt, sondern ihn auch weiter noch leben läßt. Wir selbst müssen eine Reichstagsauflösung als das wünschenswerteste Ziel bezeichnen.

Von den zahlreichen sonstigen politischen Geschehnissen muß insbesondere erwähnt werden der Prozeß in Magdeburg, in dem der deutsche Richterstand wohl nicht nur durch das Einzelergemplar Kölling wieder einmal bewiesen hat, daß es noch eines weiten Weges bedarf zur vollständigen Anerkennung der deutschen Republik in den Kreisen unserer Richter. Wenn auch die Maßregelung des Senatspräsidenten Großmann vom Deutschen Richterverein wieder zurückgenommen worden ist, so haben wir auch jetzt noch wenig Hoffnung, daß die deutschen Richter sich sehr bald umzustellen vermögen im Sinne einer republikanischen Auffassung. Dazu sind doch gar zuviel Fehlurteile in den letzten Jahren herausgekommen, die jedermann zu denken geben. Wir hoffen, daß die Reichstagsdebatten, aber auch die Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus nicht umsonst gewesen sind. Wir möchten nur wünschen, daß in noch viel stärkerem Maße Kritik an der preußisch-deutschen Justiz geübt wird.

Daß die Sozialpolitik im verflossenen Jahre weder vom Reichstag noch von den Landesparlamenten besonders befriedigend berücksichtigt worden ist, ist jedem Gewerkschafter geläufig. Es ist festzustellen, und das beweist insbesondere die unbefriedigende Lösung der Erwerbslosenunterstützung, daß auch hier der Reichstag auf der ganzen Linie versagt hat. Mögen die Wähler, soweit sie bürgerlichen Parteien nachgelaufen sind, dieser Tatsache eingedenk sein!

So bleibt politisch als Ausblick ein Zustand, der sich etwa dahin zusammenfassen läßt: Das Jahr 1926 hat innenpolitisch der Arbeiterschaft wenig Befriedigendes gebracht. Außenpolitisch sind die Richtlinien der Sozialdemokratie im großen und ganzen innegehalten worden. Die Not des Volkes ist noch gestiegen und das Ende dieser Not ist noch nicht abzusehen. Es bedarf aller politischen wie wirtschaftlichen Anstrengungen nicht nur der Führenden, sondern auch der breiten Schichten der Arbeitenden, um Wandel zu schaffen. Zum Zweifeln haben wir keinen Anlaß und auch keine Zeit. Wir müssen arbeiten und unsere Schuldigkeit tun. Die freien Gewerkschaften sind die Vorhut, die auf Kampfboden steht und unermüdet Kämpfe führt!

E. D.

## Die Aufhebung des Achtfundentages

Das Reichsarbeitsministerium hat mit Zustimmung des Reichskabinetts einen Gesetzentwurf an die in Frage kommenden gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung weitergeleitet. Diesem Gesetzentwurf ist die Ueberschrift „Arbeitschutzgesetz“ gegeben worden. Mit der Ueberschrift wird bewußt eine Irreführung der Arbeitnehmerschaft versucht. Vom Schutze der Arbeit der arbeitenden Klassen ist in dem Entwurf nichts Besonderes zu entdecken. Geschützt soll damit nur die Arbeit werden, die sich die Arbeitgeber privaten wie öffentlichen Kapitals heute noch bei der Arbeit der Ausbeutung der Gehalts- und Lohnempfänger machen müssen. Diese Arbeit soll erleichtert werden. Das scheint uns das Grundprinzip der jahrelangen Arbeit des Reichsarbeitsministeriums zu sein. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften behauptet noch am 29. November 1926, daß aus der Verhandlung mit ihrem Parteigenossen, dem Reichsarbeitsminister Brauns, bekannt sein dürfte, daß die Besprechungen dazu beigetragen haben, einer sozialeren und angemesseneren Regelung der Arbeitszeit die Wege zu ebnen. Die christlichen Gewerkschaften ersehen heute, nach vier Wochen, schon, daß unsere gegenteilige Einschätzung des Reichsarbeitsministeriums die richtige ist. Die sechzig Paragraphen des Entwurfes sind zum größten Teil so unübersichtlich gehalten, daß die große Masse der Arbeitnehmer, für die das Gesetz eigentlich bestimmt sein soll, kaum Rechte und Pflichten daraus erkennen können.

Das wichtigste Kapitel ist der dritte Abschnitt „Arbeitszeit“. In diesem Abschnitt ist mit besonderer Gewissenhaftigkeit ein wahrer Fetzenabbath von Paragraphendurcheinander aufgezo-gen worden. Es gibt kaum eine positive Bestimmung, der nicht hinterher entweder für alle oder einen größeren Kreis Einschränkungen oder Ausnahmen angehängt sind. Man hüet sich z. B., im § 13 Ziffer 3 positiv festzusetzen, daß Führer und Begleiter von Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken 16 Stunden Arbeits-schicht haben. Man setzt negativ fest, daß die Arbeitnehmer eine Mindestruhe von 8 Stunden haben — sollen, wenn nicht § 15 in Frage kommt. Derselbe läßt zu, daß die Ruhezeit verkürzt und die Schichtdauer verlängert wird.

Der Profit des Arbeitgebers, das sogenannte Betriebsinteresse, ist der Leitstern für das Gesetz und seine Macher. Einige Beispiele für viele. Im § 4 heißt es: „der Arbeitgeber ist verpflichtet, den gesamten Betrieb so zu regeln, . . . daß die Arbeitnehmer gegen Gefahr für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit so weit geschützt sind, wie es die Art des Betriebes gestattet.“ — § 12 Ziffer 3 besagt, daß die Ueberschreitung der täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden (mit nicht begrenzter Dauer!) nur (?) für beschränkte Zeit zugelassen ist, wenn dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, für die in Frage kommenden Arbeiter eine Vertretung durch betriebseigene oder fremde Arbeiter vorzunehmen. Ebenso können nach § 12 Ziffer 2 auch solche Arbeitszeiten als Ruhepausen angerechnet werden, die mit geringfügigen Beobachtungspflichten ausgefüllt werden. Das soll geschehen, wenn andernfalls das Unternehmen unverhältnismäßig belastet würde. Die hier beantragte Regelung ist ein Bruch der Erklärungen des Reichsarbeitsministers auf der Londoner Konferenz im März 1926. Dort wurde beschlossen: „daß die Arbeitsstunden die Zeit um-

## Aus den ersten Lebensjahren unseres Verbandes

Von dem Kollegen Bruno Boersch, der unter den Gründern des Verbandes an erster Stelle steht, der in den Jahren 1896 bis 1903 Sekretär des Verbandes und Redakteur der „Gewerkschaft“ war und von da ab bis 1905 als Verbandsvorsitzender fungierte, erhalten wir noch nachträglich zum 30jährigen Verbandsjubiläum folgende Schilderung der Jugendzeit unserer Organisation.

### I.

Vor wenigen Wochen ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dreißig Jahre alt geworden. Die Berliner Kollegen hatten mich zu ihrer dreißigjährigen Gründungsfeter eingeladen. Leider war es mir, durch verschiedene Umstände bedingt, nicht möglich, der Einladung Folge zu leisten, weshalb ich auf diesem Wege etwas über die ersten Lebensäußerungen des Verbandes sagen möchte.

Die Gründungsversammlung des Verbandes fand im Herbst 1896 im „Englischen Garten“ in der Alexanderstraße statt. Der Gründungstag ist mir nicht mehr in Erinnerung; doch muß sich dieser aus dem „Vorwärts“ feststellen lassen, da er über den Geburtsakt an-

fangs Oktober 1896 meines Wissens nach einen Bericht gebracht hat. Einige Zeit nach der Gründung prophezehte mir ein bekannter Berliner Arbeiterführer, daß das neu geborene Kind bald wieder sanft einschlafen würde, da er die in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht für organisationsfähig hielt. Er hat sich schwer getäuscht! Allerdings war damals die städtische Arbeiterschaft von einem ganz anderem Geiste als heute beseelt. Die große Masse war vollkommen indifferent; ja es gab Werke, deren ganze Belegschaft den gewerkschaftlichen Bestrebungen direkt feindlich gegenüberstand. In einer der Streikversammlungen der Gasanstaltsarbeiter, die zur Verbandsgründung führten, versuchten die zahlreich erschienenen Arbeiter der Gasanstalt Müllerstraße mich vom Podium herunterzuholen, als ich für die Beseitigung der 18stündigen Wechsel-schicht eintrat. Man rief mir entgegen: „Wir wollen 18 Stunden arbeiten, wir wollen keine 6 Stunden Lohn verlieren.“ Es entstand schließlich in der Versammlung eine derartige Aufregung hierüber, die in Tötlichkeiten auszuarten drohte, daß die Versammlung der polizeilichen Auflösung verfiel. Ich selber mußte durch den überwachenden Polizeileutnant vor tätlichen Angriffen geschützt werden. Am anderen Morgen sagte auf der Redaktion des „Vorwärts“ der längst verstorbene Abgeordnete Ignaz Kuer zu mir: „Das ist

fassen, während der die Beschäftigten zur Verfügung des Arbeitgebers stehen“.

In diesen wie in anderen Fällen entscheidet also der Arbeitgeber. Das alles aber sollen Arbeiter „Schutzbestimmungen“ sein. Den Betriebsräten steht nun nach § 78,1 des BRG. das „Recht“ zu, darüber zu wachen, daß solche Bestimmungen auch durchgeführt werden. Die hier festgestellte Schlußfolgerung, so hinüberbrannt sie zu sein scheint, ergibt sich aus der tiefgründigen Arbeit des Reichsarbeitsministeriums.

Der Reichsarbeitsminister muß es sich gefallen lassen, daß ihm gesagt wird, daß Theorie und Praxis bei ehrlichen Leuten übereinstimmen müssen. Der Reichsarbeitsminister erläßt vor einigen Monaten eine Anweisung an die amtlichen Schlichter, keiner Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit zuzustimmen (beachtet wird dieselbe freilich nicht). Heute verlangt derselbe Reichsarbeitsminister aber fast durchweg den Zehnstundentag. Die Arbeitgeber hätten auf Grund des vorliegenden Vorschlags in fast jedem Falle die Möglichkeit, 10 Stunden und mehr pro Tag Arbeitszeit zu verlangen. Wenn die erwähnte Anweisung an die amtlichen Schlichter besteht, kann sie auf Grund dieses Entwurfs nicht als ernst gemeint angesehen werden. Herr Brauns hat erst vor einigen Wochen den christlichen Gewerkschaften in Köln erzählt, „es muß in allen Lagern die veraltete Anschauung über Bord geworfen werden, die davon ausging, daß möglichst lange Arbeitszeit . . . die Wirtschaft entlasten und um so rentabler machen kann“. Hat Herr Brauns dabei das Zentrumslager ausgenommen? Dieser Erklärung schlägt der Entwurf direkt ins Gesicht. Auf der Londoner Konferenz erklärte der deutsche Reichsarbeitsminister: Von den tariflich erfaßten 11,9 Millionen Arbeitern sind beschäftigt: 1 295 037 unter 48 Stunden = 11,9 Proz., 8 432 421 mit 48 Stunden = 77,2 Proz., zusammen 89,1 Proz., 1 190 635 über 48 Stunden = 10,9 Proz. Aus diesem Bild ergibt sich — wurde dann schlußfolgend ausgeführt —, daß die Rückkehr zu einem Normalarbeitstag von 8 Stunden für Deutschland keineswegs eine Unmöglichkeit darstellt. Der Gesetzentwurf will aber die Einführung des Achtstundentages zur Unmöglichkeit machen. Was nützen der deutschen Arbeiterschaft diese schönen Reden, wenn in der Praxis das Gegenteil herauskommt. Wir können weiter sagen, was nützen uns die schönsten Verfassungsbestimmungen, wenn diejenigen, die geschworen haben, sie durchzuführen, diese in das Gegenteil umdrehen oder eigenmächtig abändern wollen.

Artikel 157 schreibt vor: Die Arbeitskraft steht unter dem „besonderen Schutz“ des Reiches. Legt der Macher des Entwurfs die Betonung auf „Schutz“ oder „besonderen“? Jedenfalls ist festzustellen, daß hier eine ganz besondere Sorte von Arbeiterschutz vorgesehen ist. Das Reich schafft ein „einheitliches Arbeitsrecht“ heißt es weiter in der Verfassung. Der vorliegende Entwurf hebt diese Bestimmung restlos auf. Vorgesehen sind nicht weniger als ein halbes Hundert Einzelbestimmungen, durch die weite Kreise der Arbeitnehmer von dem Gesetz nicht erfaßt werden. Duzende von besonderen Regelungen des Arbeitsschutzes, der Arbeitszeit würden weiterbestehen oder noch geschaffen werden müssen. Für die Arbeitnehmergruppen, die noch ganz, teil- oder zeitweise darunter fallen, sind aber noch Sondergesetze durch das RM. vorgesehen. In Duzenden von Fällen ist auch der obersten resp. untersten Verwaltungsbehörde die Entscheidung überlassen. Der Artikel 165 der Reichsverfassung, der befiehlt, daß die Arbeiter und Angestellten gleichberechtigt an der Regelung der Arbeitsbedingungen

mitzuwirken haben, wird ebenfalls in dem Arbeitsschutzgesetz fast restlos beseitigt. Diese gleichberechtigte Mitwirkung wird abgelöst (§ 54) durch Anhörung der Organisationsen. Das geschieht auch nur, wenn ausschließlich oder überwiegend einzelne Gewerbezweige in Frage kommen. „Gelegenheit zur Äußerung“ geben ist im Sprachgebrauch des RM. soviel wie „gleichberechtigte Mitwirkung“.

Im § 55 des Entwurfs „Ausnahmebewilligungen“ heißt es: Bei Erlaß der Bestimmungen oder Verfügungen ist auf tarifliche Vereinbarungen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.“ Das wirkt sich wie folgt aus: In einem Tarif ist vorgesehen, daß die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Die Arbeitsaufsichtsbehörde kann nach § 14 Ziffer 3 verfügen, weil die Mehrarbeit tariflich nicht geregelt ist, daß 300 Stunden Mehrarbeit zu leisten ist. Die Mehrarbeit kann auf 150 bis 300 Tage verteilt werden, ganz wie der Arbeitgeber das will. Dann kann dieselbe Aufsichtsbehörde bestimmen, daß Sonntags bis zu 10 Stunden eventuell auch 12 zu leisten sind, die nach § 29 Abs. 3 bis 5 nicht auf die Wochenarbeitszeit anzurechnen sind. Wenn Verschlechterungen einzuführen sind, brauchen die Tarifverträge nicht beachtet werden, so will es das RM. Aber wo beim Inkrafttreten dieses Gesetzes doch noch ein Tarifvertrag bestehen sollte, der eine längere als die zulässige Arbeitszeit vorsieht, der bleibt trotzdem für seine Laufdauer bestehen. 1923 hat man natürlich zum Schaden für die Arbeiter das Gegenteil für richtig gehalten.

„Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen,“ besagt Artikel 68 der Verfassung. Diese Bestimmung beantragt Herr Brauns so nebenbei aufzuheben. Er verlangt, siehe § 16 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2, daß ihm die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitszeit für das Pflege- und Hauspersonal aller Krankenanstalten überlassen wird. Dem Reichstag soll auch weiter die Arbeit erspart bleiben, für die Eisenbahn, Post und sonstigen öffentlichen Betriebe die Arbeitszeit zu regeln. Dazu will das RM. dann noch den Verkehrs- und Postminister bzw. sonstige öffentliche Behördenvertreter direkt oder indirekt heranziehen.

Brentano erklärte schon um die Jahrhundertwende: „die Frage nach der Länge des Arbeitstages ist eine Frage nach dem Stande der Zivilisation“. Theoretisch vertritt Herr Brauns in Konferenzen vor den christlichen Arbeitern und bei sonstigen Gelegenheiten denselben Gedanken. In der Praxis stellt er den deutschen Arbeiter mit dem chinesischen Kuli auf eine Stufe. Das Washingtoner Abkommen (Artikel 10) sieht vor, daß für Britisch-Indien der Grundsatz der Sechzigstundenwoche für alle Arbeiter gilt, die unter die Fabrikgesetzgebung fallen. Für Japan darf die Arbeitszeit 57 Stunden wöchentlich, die Höchstarbeitszeit (Roheisenindustrie) 60 Stunden nicht überschreiten.

Die bestehende Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 ist in sechs wesentlichen Punkten erheblich schlechter als das Washingtoner Abkommen. Der neue Entwurf verläßt den Grundgedanken des Abkommens ganz und gar. Die bestehende Arbeitszeitverordnung wird in fast allen ausschlaggebenden Punkten verschlechtert. Die Regelung der Arbeitszeit wird auch durch die allgemeinen Vorschriften und die anderen Abschnitte des Gesetzentwurfes berührt.

Die Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschaften haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die klare einwandfreie Bestimmung des § 1 der Verordnung vom 23. November 1918 wieder zur Anwendung kommt. Andernfalls sind sie der Willkür ihrer vorgesetzten Behörde ausgeliefert.

eigentlich etwas für den „Wahren Jakob“; ein Arbeitervertreter durch königlich preussische Polizei vor dem Unverstand der Masse geschützt!“

Wohl gab es auch damals in den einzelnen städtischen Betrieben Kollegen, die mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen sympathisierten; aber ihre Zahl war gering und die Furcht vor Maßregelungen so stark, daß man sich nicht herauswagte. Der Berliner Magistrat stand der Organisation selbstverständlich nicht freundlich gegenüber; aber es kann auch nicht gesagt werden, daß er direkt Maßnahmen gegen sie ergriff. Die organisationsfeindlichen Stellen waren mehr in den Betriebsleitungen und sonstigen mittleren und unteren Aufsichtsinstanzen zu suchen, die sich durch die Organisationsbestrebungen in ihrer Selbstherrschaft bedroht fühlten. Ging diese Selbstherrschaft doch so weit, daß man in einigen Betrieben noch nicht einmal die in den städtischen Etats festgesetzten Löhne auszahlte, sondern die durch die vorgenommenen Lohnkürzungen erübrigten Summen als Betriebsgewinne verbuchte.

Die ersten Organisationsversuche wurden bei den Arbeitern der Gaswerke gemacht; ihre Erfolge waren aber aus den erwähnten Umständen sehr gering. In der Anstalt „Danziger Straße“, wo der Streik, der zur Verbandsgründung führte, ausgebrochen

war, gewannen wir einigen Anhang. Vor allem waren es hier die Kollegen Paul Posseltart und Ahlert, die trotz aller Widerwärtigkeiten und Anfeindungen die Organisation vorwärts brachten. Posseltart hat sich besonders auch dadurch große Verdienste um die Entwicklung des Verbandes erworben, indem er in den ersten sechs Lebensjahren des Verbandes ehrenamtlich das Amt des Hauptkassierers im Verbands neben seiner Tätigkeit als Gasanstaltsarbeiter mustergültig verwaltete. Posseltart war jedenfalls in den ersten Jahren eine der stärksten Stützen des Verbandes; ohne seine stille, aufopferungswillige Mitarbeit wäre die Organisation kaum vorwärts gekommen. — Auch in der Anstalt „Gitschiner Straße“ gewannen wir unter der Führung des Betriebsarbeiters Barz einen kleinen Anhang. Wir kamen öfters nach Betriebschluß in der Wirtenschaft von Oswald Grauer (später Lichtenberg) am Luisenufer im Hinterbüchchen zusammen, um uns hier im kleinen Kreise über den Organisationsgedanken zu unterhalten. Man wagte die Wirtenschaft jedoch nur durch den Flureingang zu betreten, da Grauer als Sozialdemokrat bekannt war; auch vermied man es, sich mit mir auf der Straße sehen zu lassen. In der Anstalt „Schmargendorf“ gewannen wir gleichfalls einen kleinen Stamm von Mitgliedern. Nur in der Anstalt „Müllerstraße“ war in den ersten Jahren absolut



## Rückerstattung der im Jahre 1926 zu viel bezahlten Lohnsteuer

Das Reichsfinanzministerium gibt durch einen Rundschreiben III e 9750 vom 30. November 1926 den Landesfinanzämtern Anweisung über das Verfahren, das bei der Erledigung von Anträgen auf Lohnsteuererstattungen für das Kalenderjahr 1926 von den Steuerbehörden und auch von den Antragstellern beachtet werden muß. In einer angefügten Verordnung sind die Pauschbeträge für Erstattung der Lohnsteuer neu festgesetzt. Alle Arbeitnehmer, die durch teilweise Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit, Verbüßung einer Freiheitsstrafe einen Verdienstausschlag hatten und infolgedessen das durch Lohnabzug versteuerte Jahreseinkommen in Wirklichkeit nicht erreichen, also zu viel Steuern bezahlt haben, haben einen Rechtsanspruch auf Rückzahlung dieser zuviel geleisteten Lohnsteuer. Dasselbe gilt für Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Reineinkommen 8000 Mk. im Jahre 1926 nicht übersteigt, deren Leistungsfähigkeit aber durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, wie z. B. im Falle außerordentlicher Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle (siehe § 56 des EStG.), soweit diese besondere Lage nicht bereits durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages beim Steuerabzug berücksichtigt worden ist. Zurückerstattet wird niemals mehr, als im Kalenderjahr 1926 an Lohnsteuer einbehalten ist. Für jede volle Woche Verdienstausschlag sind die Pauschbeträge gemäß der nachstehenden Tabelle B zurückzuzahlen, wenn die in der Tabelle A festgesetzten Jahresfreibeträge bei Berechnung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber nicht voll berücksichtigt oder durch Lohnausfall der Jahresfreibetrag nicht erreicht worden ist.

| Tabelle A         |                                    |              | Tabelle B         |   |              |
|-------------------|------------------------------------|--------------|-------------------|---|--------------|
| Anzahl der Kinder | Jahresfreibeträge für Arbeitnehmer |              | Anzahl der Kinder | Für jede volle Woche Verdienstausschlag sind zu erstatten bei Arbeitnehmern |              |
|                   | mit Ehefrau                        | ohne Ehefrau |                   | mit Ehefrau   | ohne Ehefrau |
| Keine             | 1 320                              | 1 200        | Keine             | 2,65  | 2,40         |
| 1                 | 1 440                              | 1 320        | 1                 | 2,90  | 2,90         |
| 2                 | 1 680                              | 1 560        | 2                 | 3,35  | 3,35         |
| 3                 | 2 160                              | 2 040        | 3                 | 4,30  | 4,30         |
| 4                 | 2 880                              | 2 760        | 4                 | 5,75  | 5,75         |
| 5                 | 3 840                              | 3 720        | 5                 | 7,70  | 7,70         |
| 6                 | 4 800                              | 4 680        | 6                 | 9,60  | 9,60         |
| 7                 | 5 760                              | 5 640        | 7                 | 11,50   | 11,50        |
| 8                 | 6 720                              | 6 600        | 8                 | 13,45   | 13,45        |

Für den Familienstand ist der Stand am 31. Dezember 1923 maßgebend. Sind weniger als 4 Mk. Lohnsteuer insgesamt im Jahre 1926 entrichtet, so kann kein Anspruch auf Rückzahlung erhoben werden. In jedem Fall wird höchstens nur der im Jahre 1926 einbehaltene Lohnsteuerbetrag zurückerstattet.

Bei mehrmaligem Verdienstausschlag von kürzerer Dauer als einer Woche sind sechs volle Wochentage zu je acht Stunden einer vollen Woche gleichzuwachen. Als Beispiel führt das Reichsfinanzministerium an, daß drei Tage Streik in einem Monat, im anderen drei Tage Krankheit und noch später 12 Tage Streik zusammengerechnet 18 Tage gleich drei volle Wochen Verdienstausschlag anzurechnen sind.

nichts zu machen. Wir hatten hier ein einziges Mitglied, namens Guderian. Dieser übernahm später in der Müllerstraße eine Gastwirtschaft. Da bei ihm ein Teil seiner früheren Kollegen verkehrte, so habe ich oft seine Wirtschaft aufgesucht, um Fühlung mit den Kollegen zu gewinnen. Anfänglich verliefen meine Bemühungen resultatlos und ich würde wahrscheinlich sogar noch Prügel erhalten haben, wenn mich nicht Guderian beschützt hätte. Erst nach langen, mehrjährigen Versuchen gelang es mir, auch hier einige Anhänger zu gewinnen. Aus manchem Saulus wurde schließlich ein Paulus; dazu gehörte auch der verstorbene Kollege Guhn, der sich später als recht eifriges Verbandsmitglied betätigte. Auch in den Gaswerken der Berliner Vororte: Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf (heute Neukölln) gewannen wir Mitglieder. Im ganzen betrachtet war aber der Erfolg der Agitations- und Organisationsarbeit unter den Berliner Gasarbeitern in den ersten Jahren sehr bescheidener Natur. Man konnte tatsächlich daran zweifeln, ob diese Arbeiterschaft jemals im größeren Umfange für die Organisation zu gewinnen sein würde; waren es doch nach dreijähriger Arbeit kaum 250 Gasarbeiter, die sich in Berlin um die Fahne des Verbandes scharten. Aber das kleine Häuflein verlor nicht den Mut. Wir versuchten schließlich, nachdem wir eingesehen hatten, daß unter den

Für Kurzarbeiter sollten die vollen steuerfreien Wochenbeträge in Anrechnung gebracht werden, bevor überhaupt Lohnsteuer vom Arbeitslohn abgezogen werden durfte. Der ledige Kurzarbeiter würde somit nur den über 24 Mk. hinaus erzielten Wochenverdienst versteuern müssen, bei den Verheirateten mit 1 Kind beträgt der steuerfreie Lohnbetrag 28,80 Mk. wöchentlich usw. Da nun aber der Zeitraum, für den der einzelne Kurzarbeiter im Jahre 1926 Arbeitslohn bezogen hat, nicht in allen Fällen einwandfrei festgestellt werden kann, so bestimmt § 2 der Verordnung, daß in diesen Fällen Pauschbeträge nicht erstattet werden dürfen, sondern nur der Unterschiedsbetrag zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer, die sich ergibt aus dem steuerfreien Betrag zuzüglich eventueller Familienermäßigungen, gemäß § 70 Absatz 1, 2 zurückverlangt werden kann. Diese individuelle Berechnung findet auch für Heimarbeiter und Akkordarbeiter Anwendung.

Wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (siehe § 56 des Einkommensteuergesetzes) kann Rückerstattung der Lohnsteuer bis zur vollen Höhe nur beim Finanzamt beantragt werden, das unter Würdigung der Verhältnisse jeden einzelnen Fall zu prüfen hat.

Der Nachweis des Verdienstausschlages im Falle von Krankheit kann durch Bescheinigung der Krankenkasse, im Falle der Arbeitslosigkeit durch die Erwerbslosenkontrollkarte oder eine Bescheinigung des Arbeitsnachweises bzw. des Fürsorgeamts, aber auch durch eine solche des Berufsverbandes (unserer Gewerkschaften) oder des Arbeitgebers vom Finanzamt anerkannt werden.

Wenn die Arbeitnehmer auch am 31. Dezember 1926 noch im Bezirk des Finanzamts der Betriebsstätte gewohnt haben, sind die Finanzämter ermächtigt, nach den Vereinbarungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zuzulassen, daß an Stelle der Einzelanträge Sammelanträge durch den Arbeitgeber an das Finanzamt der Betriebsstätte eingereicht werden. Jeder Erstattungsantrag muß in der Zeit vom 2. Januar bis spätestens 31. März 1927 bei dem Finanzamt gestellt werden, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 31. Dezember 1926 seinen Sitz hat.

Vordrucke für Anträge auf Lohnsteuererstattung wegen Verdienstausschlag stehen den Arbeitnehmern kostenlos zur Verfügung und sind von den Finanzämtern anzufordern.

Als Steuerberatungsstellen können die örtlichen Gewerkschaften und Ortsauschüsse im Verein mit den Betriebsräten für die Gewerkschaftsmitglieder sehr wertvolle Dienste leisten; sie müssen vor allem in der Beschaffung der notwendigen Unterlagen und Bearbeitung der Anträge den Mitgliedern an die Hand gehen. Seitdem die Erstattungsmöglichkeiten gegeben sind, mußten etwa 60 Millionen Mark zuviel bezahlte Lohnsteuern zurückgezahlt werden. Sicherlich haben weite Kreise der Arbeiter von diesen Erstattungsmöglichkeiten in der zurückliegenden Zeit keinen Gebrauch gemacht. Die vom Bundesvorstand des ADGB. veranlaßte Broschüre „Die Lohnsteuer, ihre Erleichterung und Ermäßigungen“ von Dr. Paul Herz und Erich Rinner gilt als das beste Hilfsmittel für die Gewerkschaftsfunktionäre zur Wahrnehmung der Interessen der Lohnsteuerpflichtigen. Sie ist von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstr. 6, zum Vorzugspreis von 65 Pf. für Gewerkschaftsmitglieder zu beziehen.

Berliner Gasarbeitern zunächst nicht viel zu machen war, die Bewegung über Berlin hinauszutragen und sie im zentralen Sinne auszubauen. Es gelang uns auch mit Hilfe einiger örtlichen Gewerkschaftsstellen in Hamburg, Erfurt, Mannheim und Königsberg Fuß zu fassen. Hamburg und Erfurt brachen allerdings bald wieder zusammen. Dagegen entwickelte sich Mannheim recht gut. Hier haben sich in den ersten Jahren besonders die Kollegen Walther, Alhelm und Sotta um die Bewegung verdient gemacht. Bald darauf gelang es uns auch in Magdeburg, Mainz und Pforzheim Fiskalen ins Leben zu rufen.

Da erschienen eines guten Tages bei mir in Berlin zwei Männer, Karl Schabel und Joseph Resch, beide in den Berliner Kanalisationswerken beschäftigt, deren Name in der Geschichte des Verbandes immer an erster Stelle genannt werden muß; nicht nur wegen des Anstoßes, den sie der ganzen Bewegung durch ihr Eingreifen gaben, sondern auch wegen ihrer späteren unermüdeten Mitarbeit; trotzdem beide nicht auf Rosen gebettet waren. Sie ersuchten mich, Organisationsversuche bei den Berliner Kanalisationsarbeitern zu machen; sie selber sagten ihre Mitarbeit zu. Da griff ich natürlich freudig zu. Neben einer allgemeinen Versammlung wurden bald darauf in der Nähe der einzelnen Pumpstationen gleich

# Bildungsarbeit

## Eindrücke vom Bildungskursus auf der „Emmershäuser Mühle“

Es war ein guter Gedanke, den unsere Verbandsleitung damit zur Durchführung brachte, daß sie den vom 5. bis 18. Dezember 1926 abgehaltenen Bildungskursus im stillen Weital in der Emmershäuser Mühle, dem Heim der Frankfurter Arbeiterchaft, stattfinden ließ. Alle Vorbereitungen wurden von der Frankfurter Ortsverwaltung getroffen und die Hin- und Herfahrt mit Autoomnibussen festgelegt, da die Bahnverbindung nach dem oben erwähnten Orte mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Kursusteilnehmer versammelten sich am Sonntag nachmittags 2 Uhr auf dem Rathenauplatz zur Abfahrt. Pünktlich um 2 Uhr verließ man mit etwas gemischten Gefühlen das Weichbild unserer Stadt und fuhr über Oberurfel dem in eine zauberhafte Schneelandschaft gekleideten Taunus entgegen. Eindrücke von unvergleichbarer Schönheit boten sich dem Auge des Schauenden beim Ueberqueren der höchsten Gebirgskämme. Die Tannen, schwer beladen vom Schnee mit der beugenden Last, welche sie duldsam trugen, glichen Trauerweiden. Die vom Laub entblätterten Buchen sahen wie von Marzipan bestäubt aus, auch über das Strauchwerk hatte der Winter seinen märchenverträumten Zauber gemoben. In den beschneiten Forst warf die im Westen sinkende Sonne ihr letztes gleißendes Gold und diamantenes Gefunkel glitzerte von Baum und Strauch. Bald war die höchste Spitze der Sandplatten überwunden und nun erfolgte im raschen Tempo die Fahrt ins Weital hinein, seine lauschigen Partien, verbunden mit steilen Felsklippen, bewundernd. Um 4 Uhr nachmittags nahm uns die gastliche Stätte, genannt „Emmershäuser Mühle“, auf. Mutter Giese hatte den Kaffeetisch einladend gedeckt und bald hatte jeder der Kursusteilnehmer ein trautes Plätzchen im Heim gefunden. Eine eindrucksvolle und harmonisch verlaufene Begrüßungsfeier bildete den Auftakt des Kurses, der nun nach erster vollbrachter Nacht im Heim am Montag früh um 8½ Uhr begann. Kollege Hartig erläuterte zuerst seinen Unterrichtsplan und seine pädagogische Methode des Unterrichtens, welches bei manchem Kursusteilnehmer etwas Erstaunen hervorrief. Derjenige, der sich in der Absicht um den Kursus beworben hatte, sich im stillen Weital etwas zu erholen, mußte hier schon eine Enttäuschung erleben. Und nun trat man bald in die zu behandelnden Gebiete, wie „Wirtschaft“ und „Geschichte der Arbeiterbewegung“ ein. Ueber das Gehörte hatte nun jeder Kursusteilnehmer einen schriftlichen Aufsatz zu machen. Nach dem Arbeitsplan wurden die Stunden des Tages und auch ein Teil des Abends ausgefüllt. Morgens um 7.15 Uhr war gemeinsames Weck. n um 8 Uhr wurde Kaffee getrunken, von 8½ bis 12½ Uhr fand Unterricht statt, worauf das Mittagessen eingenommen wurde, dann trat eine Pause ein bis um 2½ Uhr, worauf dann bis 3½ Uhr die schriftlichen Aufgaben erledigt werden mußten und hierauf ein gemeinschaftlicher Spaziergang stattfand. Um 4 Uhr fand man sich zum Kaffee ein, worauf um 4½ Uhr der Nachmittagsunterricht begann, der bis 7 Uhr dauerte. Am Abend wurden dann die notwendigen schriftlichen Arbeiten erledigt. Empfund man diese plötzliche Umstellung vom Hand- zum Kopparbeiter etwas unangenehm, so fand doch ein Wettstreiten statt. Verschiedene Lichtbildervorträge

füllten manchen Abend aus, wo Kollege Hartig uns in die Entwicklung des deutschen Städtewesens einführte. Ebenso ließ er uns einen Einblick tun in das Leben und Treiben der drei großen Gemeinwesen London, New York und Moskau. Besondere Spezialgebiete wurden von den Kollegen Weck und Müntner behandelt. Kollege Weck behandelte Fragen des Arbeiterrechts und führte die Kursusteilnehmer in das Versicherungswesen ein. Kollege Müntner gab einen Einblick in die Entwicklung und Verfassung des Staates sowie die kommunale Verwaltung. Trotz anstrengender, intensiver Arbeit, die sich auch viel auf praktische Übungen erstreckte, verfloßen die Tage zu schnell. Bald kam die Stunde des Auseinandergehens, was man allgemein bedauerte. Die praktischen Übungen ganz besonders riefen das eifrigste Interesse hervor. Ueberall hörte man die Kollegen urteilen, hätte man doch 1918 schon den Stoff in den damals abgehaltenen Kursen so intensiv behandelt. — Diese Befriedigung machte sich auch in den Abschiedsworten des Kursusteilnehmers Nees Luft. Möge nun der in so prächtiger Weise verlaufene Kursus sich zum Segen unserer Sache auswirken und neue Lebendigkeit und Aktivität in die Reihen unserer Mitglieder hineintragen. G. A. Bölpf.

## Landstraßenwärter

**Bestrafung eines Wegewärters, weil er „statt Verhaltungsmaßregeln zu erlassen“ in bester Meinung bei einer Straßenpflasterung selbständig gehandelt hat.** Ein Straßenwärter von Braunschweig erhielt ein Straimandat über 30 Mk. auf Grund des § 367 Ziffer 12 des Reichsstrafgesetzbuches. Mit Hilfe unseres Verbandes beantragte er hierauf gerichtliche Entscheidung. Das Amtsgericht Wehde ermäßigte darauf durch Entscheidung vom 25. November 1926 die Strafe auf 10 Mk. In der Begründung dieser Entscheidung, die auch über den Sachverhalt informiert, heißt es:

„Der § 367 Ziffer 12 RStGB. bedroht den mit Strafe, der „auf öffentlichen Straßen . . . Abhänge dergestalt unverdeckt oder unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr für andere entstehen kann“. Das hat der Angeklagte am 22. Juli 1926 auf der Staatsstraße Bettmar-Wehde getan. Auf der Strecke zwischen den Kilometersteinen 15 und 16 war das Schlackenklempflaster dieser Straße stellenweise schadhaft und mußte ausgebessert werden. Die Arbeit wurde einem Steinsechmeister als Unternehmer übertragen. Der Angeklagte hatte dabei als staatlich beschäftigter ständiger Staatsstraßenarbeiter mitzuwirken, indem er das alte Pflaster aufriß, und hatte nach ausdrücklicher Anordnung seines Vorgesetzten dafür zu sorgen, daß nicht mehr altes Pflaster aufgerissen wurde, als jeweils bis Feierabend durch neues Pflaster ersetzt werden konnte. Auch hatte er den Auftrag, abends bei Arbeitschluss jedes Hindernis wegzuräumen, damit die Verkehrssicherheit gewährleistet sei. Auf diese Weise sollte die vollständige Sperrung der Straße für den Verkehr, der während der Arbeitszeit selbst über den Sommerweg gehen konnte, vermieden werden. Die fragliche Arbeit hat drei Tage gedauert. Am ersten Tage ist die aufgerissene Strecke wieder gehörig neu gepflastert worden. Am zweiten Tage aber hat der Angeklagte zuviel Pflaster aufgerissen; bei Feierabend war eine Strecke von etwa 2½ Meter in der ganzen Breite der Fahrbahn ungepflastert, so daß die durch langjähriges Liegen fest gewordene alte Kiesbettung frei lag und auf der einen Seite die alte Pflasterung mit einer Höhe von 6 bis 8 Zentimeter, auf der anderen Seite die neue Pflasterung mit einer Höhe von 14 bis 15 Zentimeter senkrecht nach der Kiesbettung abfiel. Diese beiden senkrechten Abhänge hat der Angeklagte mit den Steinsechern zusammen, weil er darin ein Verkehrshindernis erblickte, durch Einlagerung von Steinen, Schotter und Kies abgefragt, ehe er die Arbeitsstätte verließ. Er will in dieser Vorkehrung eine

nach Feierabend kleine Zusammenkünfte veranstaltet, die durchgängig auf fruchtbarer Boden fielen. Man trat dem Verbands bei und gründete eine besondere Filiale. Damit begann ein neuer Zeitabschnitt im Leben des Verbandes. Von jetzt an ging es wirklich aufwärts; zunächst langsam und mit unendlichen Mühen verknüpft, aber wir kamen vorwärts. Die Bewegung breitete sich in Berlin immer mehr und mehr aus, wenn auch die Gasanfallsarbeiter zunächst noch abseits standen. Es traten nach und nach die Arbeiter der Wasserwerke, die Desinfektoren, Laternenanzünder, die Arbeiter des Schlacht- und Viehhofs, der Revierinspektionen der Gaswerke usw. dem Verbands bei, indem sie in besonderen Filialen unter sich blieben, um zunächst einmal Interesse an den ihnen ganz nahe liegenden beruflichen Fragen zu gewinnen. Es war aber eine Riesearbeit notwendig, um die Berliner Bewegung in Fluß zu bringen; zumal das eigentliche Organisationswerk nicht in großen Versammlungen geschaffen wurde, sondern durch zähe Kleinarbeit in hunderten Zusammenkünften, die sich an die einzelnen Betriebe und Abteilungen dieser anlehnten. Ein ausgedehntes Vertrauensmännersystem, Beitragssammler usw. wurden geschaffen, um so der ganzen Bewegung ein festes Fundament zu geben. Unerwähnt möchte ich hier auch nicht die gemüthlichen Zusammenkünfte lassen, die wir alle vier Wochen

Sonntags gemeinsam für alle Filialen meistens im „Englischen Garten“ veranstalteten, um das noch mangelnde Zusammengehörigkeitsgefühl der städtischen Arbeiter zu stärken und gleichzeitig auch bildend zu wirken, in dem diese Zusammenkünfte immer durch einen belehrenden Vortrag eingeleitet wurden, woran sich dann der gemüthliche Teil mit Musik und Tanz angeschlossen.

Viel, sehr viel Arbeit war, wie bereits gesagt, notwendig, um das alles in die Wege zu leiten, die geschaffenen Ansätze zu erhalten und sie weiter auszubauen. Ich habe es in späteren Jahren nie mehr wieder fertig gebracht, derartig intensiv zu arbeiten, als in den fraglichen Jahren, wo ich allerdings auch noch recht jung war. Aber es wäre mir trotzdem nie gelungen, das Werk so vorwärtszubringen, wenn ich dabei nicht die weitestgehende Unterstützung einer Reihe von Kollegen gefunden hätte, die unermüdetlich mitarbeiteten. Ich möchte hier nur noch an Robert Fiebig erinnern, der an der Spitze der Wasserwerksarbeiter stand und der später auch drei Jahre ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandes war. Fiebig ist vor Organisationsarbeit mehrere Jahre hindurch wohl kaum einen Tag vor 1 Uhr nachts zu Bett gekommen, um am anderen Morgen um 6 Uhr schon wieder seinen Dienst anzutreten.

genügende Beseitigung des Verkehrshindernisses erblickt und die der Sperre der Straße bis zum anderen Tage vorgezogen haben, weil eine solche Sperre während der Dunkelheit leicht ihrer Beleuchtung beraubt würde und dann ein gefährliches Verkehrshindernis darstelle als die ungepflasterte Straße, wenn die Sperrung nicht öffentlich bekannt gemacht sei. Mag der Angeklagte diese Erwägungen auch wirklich angestellt haben, so ist er darum nicht von Schuld freizusprechen. — Daß die ungepflasterte Stelle der Straße trotz den vom Angeklagten getroffenen Vorkehrungen derartig war, daß daraus Gefahr für andere konnte (§ 367 Ziffer 12 StGB.) beweist der vom Zeugen Dr. K. bekundete Vorgang: Der Zeuge ist am 26. Juni um 7½ Uhr abends mit seinem etwa 20 Zentner schweren Lkw-Wagen mit etwa 60 Kilometer Geschwindigkeit an die fragliche Stelle herangefahren, hat, als er sie ungepflastert sah, gebremst und ist mit etwa 40 Kilometer Geschwindigkeit in die Stelle hineingefahren. Dabei bekam der Wagen einen derartigen Ruck, daß der Zeuge hochflog und ihm ein Stiffen des hinteren Wagenfußes an den Kopf flog. Der Wagen stellte sich fast quer auf die Straße und konnte nur mit knapper Not an einem Apfelbaume vorbeigelenkt werden. — Die Tatsache, daß auf der fraglichen Hildesheimer Straße ein reger Kraftwagenverkehr herrscht und von keinem anderen Unfall etwas verlautet ist, läßt darauf schließen, daß eine Anzahl von Kraftwagen die ungepflasterte Stelle unbeschädigt durchfahren haben, und legt die Vermutung nahe, daß auch der Zeuge Dr. K. sie leichter durchfahren hätte, wenn er sich ihr mit geringerer Geschwindigkeit genähert und nicht so plötzlich gebremst hätte! Zu besonders langsamem Fahren hatte er auf der freien Landstraße am hellen Tage aber keinen Grund. Die Gefährlichkeit der ungepflasterten Stelle bestand aber gerade darin, daß über sie hinwegfahrende Wagen unter Umständen in Gefahr kamen. Und diese Gefährlichkeit ist darauf zurückzuführen, daß der Angeklagte die beiden Abhänge dieser Stelle unverwahrt gelassen hat. Es wäre seine Pflicht gewesen, als er merkte, daß an jenem Abend eine Stelle der Straße ungepflastert blieb, von dem ihm vorgeordneten Beamten Verhaltensmaßregeln zu erbitten. Dadurch, daß er dies unterließ und nach eigenem Gutdünken — wenn auch in bester Meinung — verfuhr, handelte er zum mindesten fahrlässig. Daß möglicherweise in ähnlichen Fällen schon ähnlich verfahren ist, mag bei der Bemessung der Strafe Berücksichtigung finden, beseitigt aber sein Verschulden nicht.“

**Wolmitsfeld.** Zu der Betriebsversammlung in Magdeburg waren die Kollegen von drei Bauämtern erschienen. Kollege Hermer bemängelte, daß den Wärtern noch immer keine Gummistiefel für die Wasserarbeiten geliefert worden seien. Bei der Neuwahl des Filialvorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. 2. Vorsitzender ist Kollege Spitzer. Kollege Wachendorf referierte dann über: „Die Lage der Straßenwärter“, wobei er besonders auf die mangelhaften Löhne hinwies. Die von der Lohnkommission geforderte Lohnerhöhung hat der Arbeitgeberverband wieder abgelehnt. Zum Schluß berichtete Kollege Wachendorf über die Reichskonferenz der Straßenwärter in Braunschweig.

### ◆ Aus unserer Bewegung ◆

**Berlin. (Gutsarbeiter.)** Wenn es gelungen ist, den Gutsarbeitern die Weihnachtsbeihilfe zu verschaffen, so liegt es daran, daß die Organisation mit den entsprechenden Anträgen an die Güterverwaltung herantreten ist. Die Kollegen sollten daraus ersehen, daß, wenn keine Organisation da wäre, die Dinge wesentlich schlechter liegen würden. Wenn man die einzelnen Betriebe der Reihe nach durchgeht, so kann man behaupten, daß viele Kollegen noch nicht begriffen haben, was die Organisation eigentlich bedeutet. Im Gegenteil muß man feststellen, daß viele Kollegen, denen von ihren Betriebsleitern erklärt wird, daß sie ohne Organisation viel mehr bekommen können, nichts Eiltgeres zu tun haben, als ihre Verbandsbücher in die Ecke zu werfen. Solches darf unter keinen Umständen geschehen. Wenn man nun dazu überginge, nur den Organisierten die Weihnachtszulage zu geben, so würde damit recht getan werden; denn diese haben als Tarifkontrahenten Anspruch darauf. Wir hoffen, daß die Kollegen einsehen werden, daß auch sie ihr Scherstein dazu beitragen sollten, um ihre Organisation zu stärken. Nun ein Wort zu den Kieselwärttern. Die Betriebsräte und der Gesamtbetriebsrat haben sich bemüht, allgemein die Sechstageswoche, wie bei den übrigen Gutsarbeitern, durchzuführen. Einige Dienststellen sträuben sich dagegen, obwohl eine Belastung für den Betrieb kaum in Frage kommt. Bei der großen Arbeitslosigkeit sollte man darauf sehen, einige Arbeiter mehr unterzubringen. Die Arbeitszeit für die Wärter ist im Tarif geregelt, und zwar pro Tag zehn Stunden. Wenn man nun diese Zeit zusammenrechnet, so ergibt sich schon eine höhere Arbeitszeit als bei den anderen Kollegen. Zwischen zwei Arbeitsschichten soll eine Ruhepause von 36 Stunden sein, doch kommt dies bei sieben Tagen gar nicht in Frage. Wir hoffen, durch diese Zeilen den Kollegen ihr unsozialistisches Verhalten gezeigt zu haben und bei der Durchführung der Sechstageswoche die nötige Unterstützung zu finden.

**Dresden. (Dienstalterszulagen.)** Für die Arbeiter der Stadt Dresden bestanden früher schon Dienstaltersprämien, sie kamen mit der Einführung der Arbeitsordnung in Wegfall; ihre Zahlung wurde andererseits durch die Inflation unmöglich, weil an dem festgesetzten Betrage von 100 Mk. festgehalten wurde. Vor längerer

Zeit stellten Gewerkschaft und Gesamtbetriebsrat beim Rat den Antrag auf Wiedereinführung, der schließlich auch bewilligt wurde. Demnach wird bei dienstlicher Bewährung nach 25jähriger ununterbrochener Dienstzeit (im Sinne von § 15 RMVG. 1926 und § 15 RML. Straßensb. III) eine vom Lohn Tarif unabhängige Dienstaltersprämie in Höhe von 100 Mk. gezahlt. Ein günstiges Ergebnis wurde für nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter erzielt. Wer mindestens 30 Stunden wöchentlich beschäftigt ist, erhält unter den obengenannten Voraussetzungen eine Dienstaltersprämie von 70 Mk. Desgleichen erhalten alle, die nach 15 Dienstjahren infolge Unfall auscheiden, eine ihren Dienstjahren angemessene Dienstaltersprämie, die im Todesfalle an die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen ausgezahlt wird. Ueber dienstliche Bewährung entscheidet das Arbeitsamt im Einvernehmen mit dem Betriebsausschuß des Gesamtbetriebsrates. Fälle, über die eine Einigung nicht erzielt wird, regelt der Gesamtrat. Schwieriger waren die Verhandlungen über die zurückliegende Erfüllung einer 25jährigen Dienstzeit. Der Stadtrat stand auf dem Standpunkt, daß Arbeiter, die in der Inflation abgelöhnt wurden, als abgefunden gelten. Doch schließlich gelang es uns, hier erträgliche Uebergangsbestimmungen zu schaffen, wonach alle die noch im städtischen Dienst stehenden Kollegen, die nach dem 31. März 1920 25 Dienstjahre vollendeten und durch Papiermark abgefunden waren, nochmals 50 Mk. erhielten, während eine Erfüllung der 25jährigen Dienstzeit nach dem 1. April 1923 die Zahlung der vollen Prämie bedingt. Bei Arbeitern, die nach Vollendung von 25 Dienstjahren in den Ruhestand getreten sind, ist entsprechend zu verfahren.

**Heiligenstadt.** In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1926 referierte Koll. Wachendorf über „Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse“, wobei er auch auf die gegenwärtigen Lohnkämpfe zu sprechen kam. Es wurde sodann vom Koll. Merling ein Schreiben zwecks Förderung einer Wirtschaftsbekämpfung verlesen, welches dem Magistrat übergeben worden ist. — Einige Fragen an den Vorstand wurden von den Kollegen Merling und Wachendorf beantwortet.

### ◆ Internationale Rundschau ◆

**Amerika. (Die Fünftageswoche.)** In den Vereinigten Staaten von Nordamerika entfallen die Gewerkschaften eine lebhafteste Agitation für die Fünftageswoche, also für eine 40stündige Arbeitszeit. Auch der letzte Gewerkschaftskongress (Oktober 1926) nahm eine Resolution an, in der als Ziel die Fünftages resp. 40-Stunden-Woche aufgestellt wird. Es soll hierzu eine größere Kampagne durchgeführt werden. — Ford hat in seinen Betrieben inzwischen die 40-Stunden-Woche durchgeführt. Man hat in Deutschland oft darauf hingewiesen, daß dieser Schritt Fords nur eine Bemäntelung seiner Absatzschwierigkeiten darstelle. Es sind auch inzwischen einige Betriebe geschlossen worden. Tatsächlich ist jedoch der Schritt Fords durchaus nichts unerhört Neues. Im Juni dieses Jahres gelang es der Gewerkschaft der Kürschner nach viereinhalbmonatigem Streik einen für drei Jahre laufenden Tarifvertrag abzuschließen, der vorsieht, daß in acht Monaten des Jahres 40 Stunden und in den restlichen Monaten (Saison) 44 Stunden gearbeitet wird. In Kanada ist bereits seit Kriegsende in einer der größten Reglerungsbetriebe für 12 000 Arbeiter die Fünftageswoche durchgeführt. — In Australien, wo die 44-Stunden-Woche sehr weit durchgeführt ist, besteht eine starke Bewegung zugunsten der 40-Stunden-Woche, besonders in den Baugewerben in Neu-Süd-wales.

### ◆ Rundschau ◆

1927. Jahr vergeht auf Jahr; Jahrzehnt auf Jahrzehnt; Jahrhundert auf Jahrhundert, alles immer gleichmäßig gleich, in immer derselben zahlenmäßigen Folge. So ist die Zeit in unserer Berechnung, in unserer Einteilung für das praktische Leben. Wir zwingen sie in dieses Maß. Wir teilen sie ein, immer kleiner, bis in Stunden und Minuten. Denn wir müssen sie einteilen, um Ruhe zu haben, nach denen wir unser kleines, kurzes Erdendasein richten. Ohne die Maße wäre das Zusammensein für uns Menschen undenkbar, wäre es Chaos. Durch die Einteilung der Zeit bringen wir unser Leben in Plan. Und so vergeht in dieser Teilung Jahr auf Jahr. Jahr auf Jahr, in immer der gleichen Folge, doch so verschieden an Inhalt und in der Bedeutung für uns. Da gibt es Jahre, die bedeutungslos sind, Jahre im Gleichmaß auch inhaltlich. Aber dann gibt es Jahre, die uns Epochen bedeuten. Dann gibt es Jahre, die Einschnitte in unserem Leben sind. Da gibt es Jahre der Trauer und der Freude, Jahre der Verzweiflung und des Hoffens, Jahre des Glücks und Jahre der Arbeitslosigkeit und des Darbens. Und so ist das Leben für uns. So ungleich. So steigend und fallend. So arm und so reich. So inhaltlos und so voll von Erlebnissen hin und wieder. Darum ist Neujahr nur ein Punkt im äußerlichen Dahinfließen der Zeit. Ist es für dich auch inhaltlich

ein Wendepunkt? Bekommst du vom neuen Jahr ab Arbeit? Oder droht dir die Arbeitslosigkeit, von der du noch verschont geblieben bist? Da, aus den wirtschaftlichen Zusammenhängen des Lebens heraus erfüllt sich dein Glück. Und dieses Glück hängt nicht ab von der Zeit und von der Sonne, die den Lauf des Jahres bestimmt. Dieses Glück hängt ab von dir selber. Erfüllst du deine Aufgabe gegen das Leben? Warst du ein ganzes Glied der organisatorischen Kraft deines Verbandes, die diese wirtschaftlichen Zusammenhänge in Schach hält und das Jahr stets mit sozialem Inhalt zu füllen bestrebt ist? Oder ließeß du die Zeit zerrinnen, teilnahmslos? Allein bist du nichts gegen die organisatorische Kraft deiner Gegner. Der Verband ist die Macht, die das Leben gestaltet und es zwingt zu deinem Glück. Wo es nur geht. Da gibt es kein Neujahr. Da gibt es keine gleichmäßigen Zeitaläufe. Da wird das Leben gepackt, wo es und wann es zu packen ist. Da gibt es auch Stillstand in der sozialen Entwicklung, auch einmal Rückgang. Und dann doch wieder Aufstieg und Erfolg über Erfolg. So ist das Leben, das sich da jenseits der eingeteilten Zeit vollzieht. Es geht auf und ab und doch in der Tendenz und im letzten Effekte aufwärts. In Perioden aufwärts. Rückwärts. Wie alles. Von einem ewigen Gleichmaße kommt man auch in allem übrigen Geschehen ab. Man sieht überall Perioden. Selbst der Fall von Körpern wird in der Physik ungleichmäßig vermutet. Die Beschleunigung ist, so glaubt man, nicht konstant. Sie schwankt um einen Mittelwert. Der Körper fällt rückwärts, wohl nur in kleinsten Teilen von der Sekundemessbar. Perioden überall. Ein langsames Schleichens so auch der Zeit, bis wieder eine soziale Stunde geschlagen. Aber sie schlägt nur, wenn Massen, wenn organisierte Massen sie schaffen. Ohne lebendige Massen ist die Zeit auch inhaltlich nichts als ein Einerlei. Wenn darum Neujahr neben der äußerlichen Bedeutung für die Einteilung des Geschehens zugleich sein soll ein Kraftpunkt im wachsenden Inhalt der Zeit, dann nur dadurch, daß Massen an diesem äußerlichen Wendepunkte auch zum bewußten Gestalten entschlossen sind. Das neue Jahr soll ein Stück sein von einer großen Epoche. Eine neue, die soziale Periode der Menschheit breche an. Das Jahr sei auch innerlich ein bedeutungsvoller Abschnitt im Zusammensein. Allem zum Troste soll 1927 eine starke bewußte kämpfende Masse finden. Dann ist 1927 mehr als ein Jahr. Dann ist es durch uns vereint ein Stück sozialer Geschichte.

**Fritz Zubeil †.** Am 27. Dezember 1926 ist Fritz Zubeil, eine der markantesten Erscheinungen der Berliner Arbeiterbewegung, gestorben. Am 11. Januar 1848 geboren, hat er somit das hohe Alter von nahezu 79 Jahren erreicht. Mit ihm ist eine unermüdlige Kämpfennatur für den Sozialismus dahingegangen, die auch in seinem hohen Alter noch nicht ans Ausruhen dachte. In jungen Jahren schon kam Zubeil in die Arbeiterbewegung und durchlebte insbesondere die furchtbare Zeit des Sozialistengesetzes. Bei seiner Kämpfennatur war es selbstverständlich, daß er die in dieser schweren Zeit zusammengebrochenen Gewerkschaften wieder aufbauen half. So war er bereits von 1883 bis 1886 Leiter des Klavierarbeiterverbandes und von 1890 ab einige Zeit Bevollmächtigter des Holzarbeiterverbandes in Berlin. In der späteren Zeit ist er allerdings gewerkschaftlich nicht mehr hervorgetreten, weil das politische Leben ihn voll und ganz in Anspruch nahm. 1890 wurde er in Berlin als Stadtverordneter gewählt, und wie es damals bei dem Unternehmertum geradezu selbstverständlich war, wurde er deswegen gemahregelt und auf die schwarze Liste gesetzt. So mußte er denn einige Jahre hindurch seinen Lebensunterhalt als Gastwirt suchen, bis er in die Expedition des „Vorwärts“ eintrat. Seiner unermüdligen Agitationskraft ist es auch zu verdanken, daß der ungeheuer ausgedehnte Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow bei den Wahlen im Jahre 1893 von der Sozialdemokratie erobert und seit dieser Zeit von Fritz Zubeil im Reichstage vertreten wurde. Im Jahre 1921 bekam er zu der Würde des Reichstags- und des Stadtverordnetenmandats noch das Amt eines unbesoldeten Stadtrats im Bezirk Kreuzberg in Berlin. Er legte deshalb das 30 Jahre lang innegehabte Amt des Stadtverordneten nieder. 1925 wurde er jedoch wieder in das Stadtparlament gewählt, weshalb er nun auf eine Wiederwahl als Stadtrat verzichtete. Besonders trauernd werden seiner die Postbeamten gedenken, deren bereiter Anwalt er viele Jahre hindurch im Reichstage war und ihre Interessen dort vertrat. Möge das gute Beispiel, das Zubeil sein Leben lang als Kämpfer für die Arbeitersache gegeben hat, Nachahmung finden, insbesondere bei den jüngeren Arbeitern.

**Eine ernste Mahnung an unsere Mitglieder!** Das Unterstützungsmessen unseres Verbandes ist eine starke Arbeitsbelastung für die Filialkassierer. Es erschwert die Arbeit noch dadurch, daß die Mitglieder die örtlichen Satzungen nicht beachten, die neben dem Verbandsstatut herausgegeben sind. Die großen und mittleren Filialen können natürlich nur ihre Arbeit erledigen, wenn sie sich einen Arbeitsplan aufstellen, der in einem Ortsstatut den Mitgliedern zugänglich gemacht wird. Dadurch ist dann, wenn die nötige Beachtung durch die Mitgliedschaft erfolgt, die Ortsverwaltung

in der Lage, die kranken und erwerbslosen Mitglieder ordnungsgemäß abzufertigen. Jedenfalls ist es Pflicht aller Mitglieder, die Ortsverwaltungen bzw. die Filialkassierer in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Genau wie sie verlangen, daß diese für ihre Interessen eintreten soll. Wenn alle Mitglieder dies befolgen, dann kann der Filialkassierer kalkulieren, ob die Wocheneinnahme zur Auszahlung der Unterstützungen usw. reicht. — Anders ist es aber, wenn Mitglieder 6 bis 7 Wochen krank sind und dann an einen beliebigen Tag kommen und sagen: Ich war solange krank und möchte meine Unterstützung haben. Es handelt sich dann um größere Beträge, die nicht in Rechnung gestellt waren, und deshalb das überflüssige Geld an die Hauptkasse gefandt worden ist. Unter solchen Umständen kann oft den Betroffenen das Geld nicht sofort ausgezahlt werden, was zu unliebsamen Auseinandersetzungen führt. Besonders zeigt sich dieser Uebelstand vor den Festtagen. Dann denken viele Mitglieder, sie wollen sich das Geld bis kurz vor dem Fest aussparen und dann abheben. Dies ist aber mit dem Verbands- und Ortsstatut nicht zu vereinbaren, denn die Unterstützungen sollen allwöchentlich ausgezahlt werden. Bei einer Krankenhaus- oder Heilanstaltenbehandlung, und wenn jemand bettlägerig ist, sind wohl Ausnahmen zulässig, falls im letzten Falle keine Familienangehörigen das Geld abheben können. Ein Beispiel: Am 17. Dezember 1926 kam ein Mitglied und meldete sich krank. Der Krankenschein wies die Krankheit und Erwerbsunfähigkeit vom 4. November 1926 nach. Bis 5. Dezember 1926 war das Mitglied bettlägerig. Ab 6. Dezember konnte es von 8 bis 5 Uhr ausgehen. Es waren rund 500 Markten der höchsten Beitragsklasse geklebt. Der Kollege hatte Anspruch auf 27,30 Mk. Unterstützung in der Weihnachtswoche. Der Kollege war also bereits elf Tage aus dem Bett und hatte sich bisher nicht zur angegebenen Zeit gemeldet. — Wenn solche Mitglieder darauf hingewiesen werden, daß sie sich nach dem Statut richten müssen, dann kommt oft die ganz unpassende Antwort, daß sie bloß zum zahlen da seien usw. Dies ist jedenfalls eine schlechte Verteidigung, denn kein Filialkassierer wird sich erlauben, jemand die Unterstützung zu verweigern, wenn er Anspruch darauf hat. Unsere Mitglieder sind mit wenigen Ausnahmen in der Lage, die Melde- und Auszahlungszeiten innezuhalten. Ein Filialkassierer kann aber nicht an einem Tage 60 bis 70 Quittungsformulare ausfüllen, die Eintragungen machen und das Geld abzählen, und dann schließlich noch verschiedene Fragen beantworten. Es würde auch das lange Warten für die Mitglieder nicht angenehm sein, und um dies zu vermeiden, ist eben ein geregelter Bureaubetrieb notwendig. — Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Mitglieder in Zukunft die Statuten besser beachten. Dann sind auch die Auseinandersetzungen wegen der Unterstützungsauszahlung aus der Welt geschafft.

**Brauchst du Arbeiter zu seiner Bildung die Stenographie?** Die notwendige Bildung und Schulung der Arbeiterschaft ist eine Aufgabe, die sich die politischen Parteien sowie die Gewerkschaften und Arbeiterbildungsschulen gestellt haben, um den Arbeitern dasjenige Wissen und Rüstzeug in die Hand zu geben, dessen sie zu ihren erfolgreichen Kämpfen gegen ihre Unterdrücker bedürfen. Wie schwer fällt es aber vielen wissensbedürftigen Arbeitern, das Wichtigste, das in Vorlesungen, Vorträgen oder Versammlungen Gehörte, durch schnelle Notizen dauernd für sich festzuhalten. Meist fehlt es ihnen an der Beherrschung des dazu erforderlichen Hilfsmittels, der Kurzschrift oder Stenographie. Gelegenheit, diese zu erlernen, bietet sich den Berliner Kollegen in den Anfängerkursen für Reichskurzschrift und Stolze-Schrey der „Freien Arbeiter-Stenographen-Vereinigung“, und zwar: Neukölln: ab Freitag, den 14. Januar 1927, abends 8 Uhr im Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 209; Ostern: ab Dienstag, den 11. Januar 1927, abends 8 Uhr in der Gemeindefschule, Frankfurter Allee 37; Norden: ab Donnerstag, den 13. Januar 1927, abends 8 Uhr in der Gemeindefschule, Schulstr. 99. Das Kursusgeld einschließlich Lehrmaterial beträgt für Erwachsene 10 Mk., für Jugendliche 7,50 Mk. Erwerbslose zahlen 50 Proz. der vorstehenden Sätze. Es werden auch Kurse in anderen Bezirken eröffnet, sofern schriftliche Anmeldungen in genügender Zahl vorliegen. Schriftliche Anfragen beantwortet W. Riedel, Pantow, Herthastr. 3, I.

## ◆ Verbandsteil ◆

### Bekanntmachung des Vorstandes

Die heutige Ausgabe der „Gewerkschaft“ trägt die Nummer 1/2, weil ihr Erscheinungstag in die zweite Kalenderwoche fällt, die sich mit unserer Beitragswoche deckt. Von nun ab tragen „Gewerkschaft“ und Beitragswoche stets die gleiche Nummer.

Der Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindefarbeiter ist bis zum 31. Dezember 1927 verlängert worden.

Der Vorstand.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter F. M. Antner, Verantwortl. Redakteur Emil Dittmer, beide: Berlin S.O. 33. Soltesse Str. 42.